



12/2025

64. JAHRGANG

# MAGAZIN

Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V.

## Bundeswehrtagung in Berlin

- Es bleibt bei der Freiwilligkeit
- Neue Regeln für die Feststellung der Schwerbehinderung



Limitierte Sonderpreise  
inkl. Bordguthaben



# Hurtigruten Frühjahr & Sommer 2026

Faszinierende Fjordwelten • 2.500 Seemeilen mit über 100 Fjorden & 34 Häfen

12 Tage / 11 Nächte

\* Inkl. Flug ab/bis Deutschland

\* Inkl. Vollpension

schon ab € **2.572,-**  
p.P. in Kat I2/K2

Reisecode: DBB1225-HURBKB

Die MS Nordkapp nimmt Sie mit auf die „schönste Seereise der Welt“ entlang der legendären Hurtigruten-Strecke von Bergen nach Kirkenes und zurück. Erleben Sie atemberaubende Fjorde, majestätische Nordlandschaften und charmante Küstenstädte – eine einzigartige Kombination aus Natur, Kultur und maritimer Tradition.



## Ihr klassisches Hurtigruten Schiff: MS Nordkapp

Nordischer Stil • im Jahr 2022 modernisierte Kabinen auf Deck 2&3 • Restaurant Target, Restaurant Kysten mit gehobener Küche, Bistro Brygga • Backerei Multe und Explorer Lounge & Bar • Sauna und Fitnessraum mit Panoramablick • Sonnendeck und zwei Whirlpools im Außenbereich • Innenkabinen (K, I) und Außenkabinen (J, L, N, O) mit Doppelbett oder 2 Einzelbetten von denen eins in ein Sofa umgewandelt werden kann sowie Bad mit Dusche/WC • komfortable Arktis Außenkabinen Superior (U2D) und Suiten (Q, P), die mit Doppelbett, TV, Wasserkocher sowie Tee- und Kaffezubehör ausgestattet sind.



## Für Sie inklusive:

- ✓ Limitierte Sonderpreise inkl. Bordguthaben pro Person (max. 2 Pers. pro Kabine):
  - Polar Innen NOK 1.500 (ca. 127.- €)
  - Polar Außen NOK 2.500 (ca. 213.- €)
  - Arktis Außen NOK 3.000 (ca. 255.- €)
- ✓ Inkl. Linienflug ab/bis Deutschland nach Bergen und zurück (Economy-Class)
- ✓ Inkl. Rail & Fly Bahnzubringer zum Flughafen 2. Klasse innerhalb Deutschlands
- ✓ Inkl. Transfers in Bergen Flughafen-Schiff-Flughafen

## Weitere Inklusivleistungen

- ✓ 11 Nächte Unterbringung in der geb. Kategorie
- ✓ Bordveranstaltungen, Lesungen, Vorträge
- ✓ Kostenfreies WLAN an Bord
- ✓ Vollpension an Bord: Frühstücksbuffet, Mittagsbuffet, Drei-Gang-Menü zum Abendessen
- ✓ Wasser zu den Hauptmahlzeiten, Kaffee & Tee zum Frühstück

📷 Viele Ausflüge vorab oder an Bord buchbar!

## Ihr Routenverlauf\*

Tag	Hafen
1	Flug ab/bis Deutschland nach Bergen, Transfer zum Schiff, Einschiffung.
2	Ålesund – die malerische Stadt des Jugendstils
3	Trondheim – Stadt der Könige & Paläste
4	Bodo – Unterwegs in die Arktis & 2.größte Stadt Norwegens
5	Tromsø – das Tor zur Arktis
6	Honningsvåg – der nördlichste Punkt – das Nordkap
7	Kirkenes – Norwegens Ostküste
8	Hammerfest – nördlichste Stadt Europas
9	Svolvær – Hohe Gipfel und idyllische Inseln
10	Bronnøysund – Gebiet der Trolle
11	Trondheim – Küstengemeinde und Klippfisk
12	Ausschiffung, Transfer zum Flughafen und Rückflug von Bergen nach Deutschland.

\*bei der klassischen Postschifftrasse werden noch zahlreiche weitere Häfen angelaufen, die aufgeführten Häfen sind die wichtigsten und bieten tagsüber die längste Liegezeit

## Ihre Reiseternine 2026

Season A: 19.04. -30.04. // Season B: 22.05. -02.06. // Season C: 24.06. -05.07.2026

IHRE SONDERPREISE		* Limitiertes Kontingent *		
Kat	Kabine	Season A	Season B	Season C
I2/K2	USPI Polar Innenkabine (Deck 3,5,6)	2.572,-	3.021,-	3.142,-
L2/J2	USPL Polar Außenkabine (Deck 2,3,5,6)	2.844,-	3.212,-	3.345,-
N/O	USPO Polar Außenkabine* (Deck 3,5,6)	3.137,-	3.561,-	3.714,-
P/U2	USPB Arktis Aussen Superior* (Deck 5,6)	3.513,-	4.009,-	4.187,-

Einzelbelegung auf Anfrage & im Onlineshop, EZ Zuschlag ab 40% / \*Sicht bei manchen Kabinen durch Rettungsbote eingeschränkt. Kat P eventuell Sichtbehinderung durch vorbeigehende Gäste möglich. Suitenpreise auf Anfrage. Kabinenummern erhalten Sie bei der Einschiffung.

Mögliche Abflughäfen: Hamburg, Berlin Düsseldorf, Frankfurt, München, Bremen, Hannover, Nürnberg, Stuttgart

## Jetzt Wunschreise zum limitierten Vorzugsangebot sichern!

Persönliche Beratung & Buchung:  
**06128 / 740 81 60** (MO-SO: 8-22 Uhr)  
Ihr Reisecode: **DBB1225-HURBKB**



Weitere Infos oder online buchen:  
[www.riw-touristik.de/DBB1225](http://www.riw-touristik.de/DBB1225)  
oder einfach QR-Code scannen!



Unser neuer Katalog  
Fluss- & Seereisen  
2026 ist da! Jetzt  
kostenlos bestellen.

**RIW** TOURISTIK  
seit 1984  
Ihr Reisespezialist seit 40 Jahren.

**Veranstalter:** RIW Touristik GmbH, Georg-Ohm-Str. 17, 65232 Taunusstein. **Wichtige Hinweise:** Mindestteilnehmerzahl 15 Personen pro Termin. Wenn diese nicht erreicht wird, können wir bis 30 Tage vor Reisebeginn zurücktreten. // Bordsprachen sind Norwegisch und Englisch. Die Mitarbeiter der Rezeption und der Bordreiseleiter sprechen außerdem Deutsch. Mitteilungen und schriftliche Informationen erfolgen auch in deutscher Sprache. Auch diverse Informationsmaterialien wie z. B. die Ausflugsbrochüre, die Menükarte im Restaurant, die Getränkekarten in den Bars sowie die Tagesprogramme werden in deutscher Sprache zur Verfügung gestellt. // Reisedokumente: Deutsche Staatsbürger benötigen einen bis 6 Monate nach Reiseende gültigen Reisepass. // Diese Reise ist grundsätzlich nicht für Personen mit eingeschränkter Mobilität geeignet, wir beraten Sie gerne.

## EDITORIAL

*Liebe Kolleginnen,  
Liebe Kollegen,*

die Parteien haben sich auf ein neues Wehrdienstgesetz geeinigt, und der freiwillige Wehrdienst sowie die flächendeckende Musterung können ab Mitte 2027 kommen.



© BMVg

Einige Begleiterscheinungen lassen jedoch aufhorchen. Der Bundesverteidigungsminister verkündete auf der Bundeswehrtagung, dass Staatssekretär Dr. Stöß, Staatssekretär Hilmer und der Generalinspekteur bis Ostern 2026 einen Aufwuchsplan für die aktive Truppe erarbeiten sollen. Für den neuen Wehrdienst und die Ausbildungseinheiten macht das selbstverständlich Sinn, denn die Grundlage dafür ist das Wehrdienstgesetz. Für den Aufwuchs der Truppe, der auf den Zusagen für die NATO basiert, sollten die organisatorischen Grundlagen jedoch längst vorliegen, da diese schon länger bekannt sind – und Zeit ist ja bekanntlich der handlungsleitende Faktor!

Auch gab der Bundesminister auf der Bundeswehrtagung bekannt, dass er ermöglichen will, dass Soldatinnen und Soldaten freiwillig über die Altersgrenzen hinaus Dienst leisten können. Dazu wird er in einem Brief an alle den Willen der Leitung des BMVg klar und deutlich zum Ausdruck bringen. Wir sind der Auffassung, dass in der jetzigen Situation – gerade im Bereich der Unteroffiziere – jede Soldatin und jeder Soldat benötigt wird. Aber besteht der „Instrumentenkoffer“ eines Ministers nicht eigentlich aus verbindlichen Weisungen und Befehlen oder Vorschlägen zu gesetzlichen Anpassungen, etwa hinsichtlich der Altersgrenzen? Der neue Wehrdienst wird für die Bundeswehrverwaltung einen erheblichen Aufgabenzuwachs, insbesondere für die Organisationsbereiche Personal und IUD, mit sich bringen. Der Präsident des BAIUDBw hat in der Personalversammlung im November seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr ausführlich die verschiedenen Vorgehensweisen bei den Baumaßnahmen vorgestellt, um sie damit auf die anstehenden Aufgaben vorzubereiten.

Interessant ist, dass die Zahlen des benötigten militärischen Personalaufwuchses wohl im Rahmen der Einigung über das Wehrdienstgesetz erheblich nach unten korrigiert wurden. Die Streitkräfte sollen im nächsten Jahr nur auf mindestens 186.000 aktive Soldatinnen und Soldaten wachsen. Das würde für das Jahr 2026 eine Steigerung um circa ein Prozent bedeuten. Man kann vermuten, dass dies eine Anpassung an das Machbare ist. Die Gesamtzahlen waren in den vergangenen Jahren nur langsam gewachsen. Hinzu kommt ein jährlicher Regenerationsbedarf von circa 20.000 Soldatinnen und Soldaten. Auswirkungen auf die Wehrrfassung wird dies nicht haben, denn diese soll trotzdem alle Männer ab Jahrgang 2008 erfassen. Hinsichtlich der Ausbildungs- und UnterkunftsKapazitäten wird der Umfang der Sollstärke jedoch entscheidend sein.

Für unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Organisationsbereich Rüstung führt folgende Weisung von Minister Pistorius zu besonderer Aufmerksamkeit: Staatssekretär Plötner soll bis Mai 2026 ein Strukturkonzept für das BAAINBw und dessen nachgeordneten Bereich vorlegen. Es sollen dabei explizit auch neue Standorte gesucht

## INHALT VBB

Editorial	3
Aktuelles	
Bundesvorstandssitzung vom 10. bis 12. November 2025	4
Bundeswehrtagung in Berlin am 7. November 2025	5
Es bleibt bei der Freiwilligkeit – vorerst	6
Beförderungsstau gelöst: 715 Planstellen für A 8 ab November 2025	7
Beitragsanpassungen 2026	7
Informationen zum VBB-Magazin 1-2/2026 und zum Wandkalender	8
Wissenswertes	
Modernisierung als Auftrag –	
Deutschland soll wieder leistungsfähig werden	8
Vaterschaftsurlaub für Bundesbeamte	9
Beschleunigung der Beihilfebearbeitung für Beamtinnen und Beamte	10
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im VBB	
„42-Stunden-Woche auf freiwilliger Basis“	11
VBB-Bundesschwerbehindertenvertretung	
Neue Regeln bei der Feststellung einer Schwerbehinderung – was sich ändert	11
VBB-Jugend	
Shake it up! VBB-Jugend lernt mixen im Circus Maximus	13
VBB-Senioren	
Seniorenveranstaltung Besuch der Zentrale des BND in Berlin	13
Aus unseren Bereichen und Landesverbänden	14
Personalnachrichten	25

## INHALT dbb

Nachrichten – Bürokratieabbau:	
Bessere Gesetze für weniger Bürokratie	26
Interview – Thomas Röwekamp, Vorsitzender	
Verteidigungsausschuss des Bundestages	28
Dossier Zivile Wehrverwaltung –	
Zivile Berufe bei Bundeswehr und Wehrverwaltung	30
Nachgefragt bei BAAINBw-Präsidentin	
Annette Lehnigk-Emden	31
Neuer Wehrdienst: Zivile Grundlagen militärischer Stärke	32

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 030.31174149. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb-seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitender Redakteur:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. **Inlandsbezugspreis:** Jahresabonnement 52,10 Euro zzgl. 10,20 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 6,00 Euro zzgl. 2,20 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Titelfoto:** © shutterstock.com/Christian Draghici. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen. **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 66** (dbb magazin) und **Preisliste 50** (VBB-Magazin), gültig ab 1.1.2025. **Druckauflage:** dbb magazin: 549183 (IVW 3/2025). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. ISSN 0521-7814

werden, um Rüstung und Beschaffung nicht nur in Koblenz zu verankern, sondern in der Fläche der Bundesrepublik.

Hier wird es einen Veränderungsprozess geben, bei dem es darauf ankommt, dass die Amtsseite, aber auch die Leitung des Ministeriums die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „mitnehmen“. Wir erwarten, dass die Leitung des BAAINBw die Pläne des BMVg aus fachlicher Sicht intensiv begleitet und im Interesse der Sache – aber auch im Interesse der Kolleginnen und Kollegen – mitgestalten kann. Sozialverträglichkeit steht für uns an oberster Stelle. Notwendigen Veränderungen wollen wir uns nicht in den Weg stellen, aber es kommt auf die fachliche Begründung und die behutsame Umsetzung an! Eine „Bad Bank“ in Koblenz wird es mit uns ebenso wenig geben wie Außenstellen unter militärischer Leitung. Wir bleiben da-

bei, dass die fehlende strategische Planung von Rüstungsprojekten nicht durch organisatorische Experimente behoben werden kann.

Gerade weil wir Veränderungen im Sinne der Sache – hier: zeitgerechte materielle Ausstattung – begrüßen, werden wir die nun zu erarbeitenden Ideen konstruktiv-kritisch begleiten. Individuelle, sachfremde Begehrlichkeiten werden wir transparent zu adressieren wissen. Wir bleiben für Sie am Ball und werden weiter berichten!

Ihre

Imke v. Bornstaedt-Küpper  
Bundesvorsitzende

## AKTUELLES

# Bundsvorstandssitzung vom 10. bis 12. November 2025



Bundsvorstand des VBB

Bei der Herbstsitzung in Königswinter wurden viele Beschlüsse gefasst, die die Verbandsarbeit betreffen. Zunächst hatte eine Bestandsaufnahme ergeben, dass in der Bundesgeschäftsstelle dringende Renovierungsarbeiten anstehen. Insbesondere hinsichtlich der veralteten Heizung, der mittlerweile undichten Fenster und einer mangelnden Dämmung des Daches sowie diverser zu erfüllender Vorgaben müssen im Jahr 2026 etliche Maßnahmen ergriffen werden. Diese Arbeiten sind mit erheblichen Kosten verbunden. Weitere Themen waren die Finanzlage des Verbandes und steuerrechtliche Fragestellungen. Nach ausführlicher Darstellung und

Erörterung der Finanzlage des Verbandes stimmten die Mitglieder des Bundesvorstandes den vorgeschlagenen Finanzmaßnahmen zu. Weitere Beschlüsse wurden gefasst, die zeitnah umgesetzt werden.

Besonders haben sich alle Beteiligten über die Ehrung des Kollegen Klaus-Peter Schäfer gefreut, der eine Auszeichnung für seine Arbeit im Bundesvorstand erhalten hat. Höhepunkt war am Montag die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Herrn Staatssekretär a.D. Wolf. Der Bundesvorstand hatte zuvor den Beschluss einstimmig und mit großer Freude gefasst und damit seine



Herrn Staatssekretär a.D. Wolf mit Gattin und der Bundesvorsitzenden des VBB



Frau v. Bornstaedt-Küpper bei der Ehrung von Herrn Staatssekretär a.D. Wolf

© VBB (5)



Für seine Arbeit im Bundesvorstand wurde Klaus-Peter Schäfer geehrt.



Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Herrn Staatssekretär a.D. Wolf

Verdienste um den Verband gewürdigt. Im weiteren Fortgang wurden die Aktivitäten des Verbandes ausführlich erörtert. So wurden eine Vielzahl von Seminaren für 2026 und das Wieder-aufleben der AG Technik beschlossen.

Sämtliche Unterlagen für die Vorstandssitzung wurden per App verschickt. Diese hat mittlerweile großen Zulauf und wird immer mehr von den Mitgliedern genutzt – ein Erfolg für den Verband und für das Miteinander im VBB!

## Bundeswehrtagung in Berlin am 7. November 2025

Die diesjährige Bundeswehrtagung stand unter dem Motto „Einsatzbereitschaft stärken, Aufwuchs beschleunigen, Sicherheit garantieren“.

BM Pistorius hielt eine programmatische Rede und schwor das Publikum auf die Veränderungen ein, die er in den nächsten Jahren bis 2029 in der Bundeswehr erreichen will.

Nach dem Motto „Aufwuchs heißt: mehr Mut!“ stellte er eine Reihe von Weisungen vor, mit denen er die Bundeswehr auf den Weg zur Einsatzbereitschaft bringen will:

- Sts Dr. Stöß ist angewiesen, bis April 2026 eine Entbürokratisierungskampagne aufzusetzen.
- Sts Hilmer soll ein Infrastrukturbeschleunigungsgesetz erarbeiten.
- Generalinspekteur (GI) Breuer soll bis Sommer 2026 die Ausbildung der Wehrdienstleistenden evaluieren.
- BM Pistorius will ermöglichen, dass Soldatinnen und Soldaten freiwillig über die Altersgrenzen hinaus Dienst leisten können. Dazu wird er in einem Brief an alle den Willen der Leitung des BMVg klar und deutlich zum Ausdruck bringen.

- GI Breuer soll bis Ostern 2026 eine Strategie für die Reserve erstellen.
- Sts Dr. Stöß soll bis Ostern 2026 ein Gesetz zur Stärkung der Reserve fertigstellen.
- GI Breuer ist angewiesen, eine Militärstrategie zu verfassen.
- Sts Hilmer und Sts Plötner sollen einen neuen Planungsprozess aufsetzen.
- Sts Hilmer soll im Haushalt den Titel F&T (Forschung und Technik) steigern.
- Sts Plötner soll bis Mai 2026 ein Strukturkonzept für das BAAlNBw und dessen nachgeordneten Bereich vorlegen. Es sollen dabei explizit auch neue Standorte gesucht werden, um Rüstung und Beschaffung nicht nur in Koblenz zu verankern, sondern in der Fläche des Landes.

Mit dieser Aufzählung beendete Minister Pistorius die Bundeswehrtagung.



Monika Heimbürger, I. v. Bornstaedt-Küpper, Marion Felske (von links)



Boris Pistorius – Bundesminister der Verteidigung

© VBB (2)

## 70 Jahre Bundeswehr und die Frage des Wehrdienstes

# Es bleibt bei der Freiwilligkeit – vorerst

Union und SPD einigen sich auf ein neues Wehrdienstmodell und die Musterung aller Männer. Jetzt muss noch der Bundestag zustimmen.

Vor 70 Jahren überreichte der damalige Verteidigungsminister Theodor Blank (CDU) am 12. November den ersten 100 Soldaten der neu geschaffenen Streitkräfte der Bundesrepublik in der Bonner Ermekeil-Kaserne ihre Ernennungsurkunden – nur zehn Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands im Zweiten Weltkrieg. Anlässlich des 70-jährigen Jubiläums gedachte der Bundestag am Mittwoch in Form einer vereinbarten Debatte des historischen Ereignisses. Und wie an Geburtstagen üblich, waren vor allem lobende und positive Einschätzungen zu hören. „Ohne die Bundeswehr wäre Deutschland nicht das, was es heute ist“, befand etwa der Unionsabgeordnete Norbert Röttgen (CDU). Eine stabile Demokratie, die Wiedererlangung der staatlichen Souveränität und die friedliche Vereinigung wären ohne die Bundeswehr, ohne die Wehrhaftigkeit Deutschlands nach außen und ohne die NATO-Mitgliedschaft nicht erreicht worden.

### Innere Führung und das Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“

Die Verankerung im Grundgesetz, die Kontrolle durch das Parlament, die Prinzipien der Inneren Führung und das Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“ hätten die Bundeswehr zu einer „Armee in der Demokratie“ werden lassen, urteilte der SPD-Parlamentarier Falko Droßmann. „Mit Stolz“, so betonte auch Hannes Gnauck (AfD), könne man „auf eine der größten Erfolgsgeschichten dieser Bundesrepublik zurückblicken“. Und die Grünen-Abgeordnete Sara Nanni räumte mit Blick auf das in der Vergangenheit so kritische Verhältnis ihrer Partei zur Bundeswehr ein: „Aus Reibung entsteht Wärme.“ Selbst der Linken-Abgeordnete Ulrich Thoden bescheinigte der Bundeswehr, sie habe „den Bruch zu Reichswehr und Wehrmacht“ vollzogen, den Soldaten gebühre Dank „für die Verteidigung der Demokratie“. Während im Plenarsaal das hohe Lied auf die Bundeswehr angestimmt wurde, rang hinter den Kulissen Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) mit den Fraktionsführungen und Verteidigungspolitikern von Union und SPD über die Frage, wer in Zukunft die Reihen der personell ausgedünnten Streitkräfte wieder auffüllen soll, wer zu einer Musterung antreten muss und ob die 2011 ausgesetzte Wehrpflicht nicht doch wieder reaktiviert werden müsste. Am Donnerstag verkündeten Pistorius, Unions-Fraktionschef Jens Spahn (CDU) sowie CSU-Landesgruppenchef Alexander Hoffmann und der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthias Miersch das Ergebnis der Verhandlungen. Und dieses Ergebnis entspricht – zumindest an den entscheidenden Stellen – den Vorstellungen des Verteidigungsministers und dem von ihm bereits im August dieses Jahres durch das Bundeskabinett gebrachten Entwurf für ein Wehrdienstmodernisierungsgesetz, über das sich in den folgenden Wochen Pistorius, Union und SPD jedoch zerstritten hatten.

### Bundestag soll gesondert über Bedarfswehrpflicht entscheiden

Um den anvisierten Truppenumfang von zukünftig 260.000 aktiven Soldaten sowie 200.000 Reservisten zu erreichen, soll weiter-

hin auf die Rekrutierung von Freiwilligen für einen mindestens sechs Monate dauernden Wehrdienst gesetzt werden. Nur wenn sich nicht genügend Freiwillige finden und es die verteidigungspolitische Lage erforderlich macht, soll eine sogenannte Bedarfswehrpflicht greifen können. Dann könnten junge Männer in einem Zufallsverfahren bestimmt werden, die einen Wehrdienst verpflichtend ableisten müssen. Diese Bedarfswehrpflicht soll jedoch nicht automatisch durch die Bundesregierung ausgelöst werden können, der Bundestag müsste zuvor ein weiteres Gesetz verabschieden. Eine ähnliche Regelung hatte bereits der Gesetzentwurf von Pistorius vorgesehen.

Allerdings sollen nun klare Zielmarken benannt werden, bis wann die Bundeswehr welche Stärke erreicht haben soll. Unions-Fraktionschef Spahn betonte, so werde mehr „Verbindlichkeit“ geschaffen. Sein SPD-Kollege Miersch zeigte sich überzeugt, dass man die anvisierten Ziele „im Rahmen der Freiwilligkeit“ erreiche. Die SPD hatte sich auf ihrem Parteitag in diesem Sommer explizit gegen eine Automatismusregelung für eine Rückkehr zur Wehrpflicht im Gesetz ausgesprochen.

### Musterung aller 18-jährigen Männer ab Sommer 2027

Wie ursprünglich von Pistorius gefordert, sollen ab dem Sommer 2027 dann wieder alle jungen Männer ab dem 18. Lebensjahr gemustert werden. Damit ist der zwischenzeitlich von einem Verhandlungsteam von Union und SPD ausgehandelte Kompromiss, per Losverfahren über eine mögliche Musterung entscheiden zu lassen, endgültig vom Tisch. Pistorius hatte sich vehement gegen diese Regelung gesperrt. Bereits ab dem kommenden Jahr sollen zudem alle 18-jährigen Männer ab dem Geburtsjahrgang 2008 einen Fragebogen ausfüllen müssen, in dem sie Auskunft über eine mögliche Bereitschaft für einen freiwilligen Wehrdienst und ihren Gesundheitszustand erteilen müssen. Frauen hingegen wird es freigestellt, ob sie den Fragebogen ausfüllen.

### Höherer Wehrsold und Zuschüsse zum Führerschein

Um genügend Freiwillige für den Wehrdienst zu mobilisieren, soll dieser attraktiver gestaltet werden. Der Wehrsold soll auf bis zu 2.600 Euro brutto monatlich erhöht werden. Ab einer Verpflichtungszeit von zwölf Monaten sollen die Freiwilligen den Status eines Zeitsoldaten erhalten. Zudem sollen Zuschüsse für den Erwerb des Pkw- oder Lkw-Führerscheins gezahlt werden.

Die von Union und SPD verabredeten Änderungen müssen nun vom Verteidigungsausschuss in den ursprünglichen Gesetzentwurf eingearbeitet werden. Dann kann der Bundestag in zweiter und dritter Lesung abschließend über das Gesetz, das zum Jahreswechsel in Kraft treten soll, beraten und abstimmen.

*Autor: Alexander Weinlein*

*Herausgeber: Das Parlament Nr. 47-48  
vom 15. November 2025*

# Beförderungsstau gelöst: 715 Planstellen für A 8 ab November 2025

Nach langer Wartezeit ist der Beförderungsstau in der Besoldungsgruppe A 8 beendet. Ab November stehen 715 Planstellen bereit – ein wichtiger Schritt für die Kolleginnen und Kollegen und ein Erfolg für den VBB.

## Beförderungsstau in der Besoldungsgruppe A 8 beendet

Nach einer langen Phase des Wartens gibt es endlich gute Nachrichten für die Kolleginnen und Kollegen in der Besoldungsgruppe A 7: Der Beförderungsstau ist aufgelöst. 715 Planstellen der Besoldungsgruppe A 8 stehen ab November bereit, sodass ebenso viele Kolleginnen und Kollegen rückwirkend im Rahmen der geltenden Fristen und Bestimmungen in ihre neuen Planstellen eingewiesen werden können.

## Warum hat es so lange gedauert?

Die Verzögerungen waren vor allem auf den langen Vorlauf beim Bundeshaushalt 2025 zurückzuführen. Das fehlende Haushaltsgesetz 2025 hat den Beförderungsprozess erheblich verzögert.

## Starke Interessenvertretung

Der Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB) hat sich in den vergangenen Monaten intensiv für eine Lösung eingesetzt. „Wir freuen uns, dass die Kolleginnen und Kollegen nun endlich die ihnen zustehenden Beförderungen erhalten“, betont der VBB. Gleichzeitig macht der Verband deutlich: „Wir werden uns auch weiterhin dafür starkmachen, dass der Personalhaushalt des Bundesministeriums der Verteidigung den zukünftigen Anforderungen gerecht wird.“

## Ausblick

Mit der aktuellen Maßnahme ist ein wichtiger Schritt getan, doch die Herausforderungen bleiben. Der VBB fordert eine nachhaltige Planung, um ähnliche Engpässe in Zukunft zu vermeiden und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu sichern. ■

# Beitragsanpassung 2026



© Pixabay.com

Aufgrund der im Rahmen der Tarifrunde TVöD 2025 vereinbarten Besoldungserhöhung werden die Mitgliedsbeiträge des Verbandes der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr (VBB) e.V. zum 1. Januar 2026 angepasst.

Auf Beschluss des Bundesvertretertages 2024 werden die Mitgliedsbeiträge an die jeweils gültige Besoldung angepasst. Als Höhe des Beitrags sind 0,3 Prozent der jeweils gültigen Besoldung der Eingangsgrundgehälter der Beitragsklassen festgelegt.

Mitglieder, die ihren Beitrag per **SEPA-Überweisung** oder **Dauerauftrag** entrichten, werden gebeten, ihre Zahlweise **entsprechend der neuen Beitragshöhe** und ihrer gewählten Zahlungsweise (vierteljährlich/halbjährlich/jährlich) **anzupassen**. ■

## Mitgliedsbeiträge zum Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e. V.

Bezeichnung der Mitgliedschaft	Besoldungs-/Entgeltgruppe	Beitragsklasse	Beitragsatz monatlich ab 1. Januar 2026
Ehrenmitglieder, Beamte im Vorbereitungsdienst, in der Elternzeit	aller	0	0,00 €
Beamte in der Besoldungsgruppe Arbeitnehmer Entgeltgruppe	A 2 – A 4 E 2	I	8,50 €
Beamte in der Besoldungsgruppe Arbeitnehmer Entgeltgruppe	A 5 – A 6 E 3 – E 5	II	8,80 €
Beamte in der Besoldungsgruppe Arbeitnehmer Entgeltgruppe	A 7 – A 8 E 6 – E 8	III	9,40 €
Beamte in der Besoldungsgruppe Arbeitnehmer Entgeltgruppe	A 9 – A 10 E 9 – E 10	IV	10,70 €
Beamte in der Besoldungsgruppe Arbeitnehmer Entgeltgruppe	A 11 – A 12 E 11 – E 12	V	13,20 €
Beamte in der Besoldungsgruppe Arbeitnehmer Entgeltgruppe	A 13 – A 14 E 13 – E 14	VI	16,30 €
Beamte in der Besoldungsgruppe Arbeitnehmer Entgeltgruppe	A 15 – B 2 E 15	VII	20,30 €
Beamte in der Besoldungsgruppe Arbeitnehmer Entgeltgruppe	B 3 – B 11 E 15 Ü	VIII	29,70 €
Witwen/Witwer ehemaliger Mitglieder	----	IX	3,50 €
Beamte im Ruhestand, Rentner, Teilzeitbeschäftigte (Teilzeit bis 75 % - darüber Beitrag wie Vollzeit) und Altersteilzeitbeschäftigte zahlen den nach ihrer Besoldungs-/Entgeltgruppe um eine Beitragsklasse niedrigeren Mitgliedsbeitrag. Die Mitgliedsbeiträge der restlichen Beitragsklassen betragen ab 2021 prozentual 0,3% der jeweils gültigen Besoldung der Eingangsgrundgehälter in den Beitragsklassen.			

© VBB

# Frohe Weihnachten und ein erfolgreiches neues Jahr!

Der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. dankt allen Mitgliedern und Wegbegleitern für das Vertrauen und die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Das Jahr 2025 hat uns erneut gezeigt, wie wichtig Zusammenhalt, Engagement und Verlässlichkeit sind – Werte, die unser gemeinsames Wirken prägen.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien besinnliche Feiertage, Zeit zur Erholung und einen erfolgreichen Start in das neue Jahr. Möge 2026 geprägt sein von Gesundheit, Zuversicht und neuen positiven Begegnungen.

Mit herzlichen Grüßen  
Ihr VBB – Verband der Beamten  
und Beschäftigten der Bundeswehr e.V.



## Informationen zum VBB-Magazin 1–2/2026 und zum Wandkalender

© VBB



Die kommende Ausgabe des VBB-Magazins erscheint als Doppelausgabe 1–2/2026. Aufgrund redaktioneller und produktionstechnischer Planungen wird das Magazin erst Anfang Februar 2026 veröffentlicht. Wir bitten um Ihr Verständnis und freuen uns darauf, Ihnen eine gewohnt umfassende und hochwertige Ausgabe präsentieren zu können.

Zudem möchten wir darauf hinweisen, dass wir aufgrund der gestiegenen Papierkosten in diesem Jahr auf den innen liegenden Kalender im Magazin verzichtet haben. Wenn Sie einen Wandkalender für das Jahr 2026 benötigen, wenden Sie sich bitte an Ihre Standortgruppe. Diese hat Kalender in diversen Formaten für ihre Mitglieder geordert und gibt sie entsprechend aus, allerdings nur solange der Vorrat reicht. Vielen Dank für Ihr Verständnis. ■

### WISSENSWERTES

## Modernisierung als Auftrag – Deutschland soll wieder leistungsfähig werden

Die Bundesregierung hat sich viel vorgenommen: In den kommenden vier Jahren will sie zeigen, dass Deutschland „zurück ist“. Dafür sollen staatliche Entscheidungen, Prozesse und Strukturen grundlegend modernisiert werden. Ziel ist es, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat zu stärken – durch echte Reformbereitschaft, Verwaltungsmodernisierung, Bürokratieabbau und eine verlässliche Justiz.

Mit der im Koalitionsvertrag verankerten „Modernisierungsagenda für Staat

und Verwaltung 2025“ wird dieser Anspruch konkretisiert. Die vorliegende Agenda greift den politischen Auftrag auf und legt einen klaren Umsetzungsplan für die Modernisierung von Staat und Bundesverwaltung in der 21. Legislaturperiode vor. ■



© die Bundesregierung

Hier geht es zur Modernisierungsagenda:



## Vaterschaftsurlaub für Bundesbeamte

# VG Köln bejaht unmittelbaren Anspruch aus EU-Richtlinie

### Einleitung

Mit Urteil vom 11. September 2025 (Az.: 15 K 1556/24) hat sich das Verwaltungsgericht Köln mit der Frage befasst, ob ein Bundesbeamter Anspruch auf Vaterschaftsurlaub nach der EU-Verbindlichkeitsrichtlinie (2019/1158) hat, obwohl diese noch nicht in nationales Recht umgesetzt wurde. Das Gericht entschied zugunsten des Klägers und verpflichtete den Dienstherrn, den Vaterschaftsurlaub zu gewähren.

### Sachverhalt

Der Kläger beantragte bei seiner Dienststelle zehn Tage Vaterschaftsurlaub anlässlich der bevorstehenden Geburt seines Kindes und berief sich unmittelbar auf die EU-Richtlinie. Deutschland hatte die Richtlinie trotz abgelaufener Umsetzungsfrist (2. August 2022) noch nicht vollständig umgesetzt. Die Dienststelle lehnte den Antrag ab und verwies auf bestehende nationale Regelungen zu Elternzeit und Elterngeld, die nach ihrer Auffassung ausreichend seien. Der Kläger nahm daraufhin Erholungsurlaub und erhob Klage beim Verwaltungsgericht Köln.

### Kernaussagen des Gerichts

Das Verwaltungsgericht Köln hielt den Anspruch auf Vaterschaftsurlaub nach Art. 4 Abs. 1 RL 2019/1158 für unmittelbar geltend. Die Norm sei inhaltlich hinreichend genau und unbedingt formuliert, sodass Bundesbeamte sich unmittelbar gegenüber ihrem Dienstherrn auf deren Inhalt berufen könnten,

solange die Umsetzung durch Deutschland ausbliebe. Das Gericht stellte fest, dass die bestehenden Regelungen zu Elternzeit und Elterngeld die Richtlinienvorgaben nicht erfüllten. Zwar ermögliche das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz grundsätzlich die Inanspruchnahme einzelner Tage Elternzeit unmittelbar nach der Geburt, dieser Zeitraum sei jedoch nicht vergütet. Das Elterngeld könne die unionsrechtlich vorgeschriebene zehntägige, vergütete Freistellung ebenfalls nicht ersetzen, da es nur bei einer Mindestbezugsdauer von zwei Lebensmonaten gewährt werde. Auch die Einstellung eines Vertragsverletzungsverfahrens durch die EU-Kommission ändere nichts an der unmittelbaren Anwendbarkeit der Richtlinie, da bislang keine inhaltliche Umsetzung erfolgt sei.

### Reichweite der Entscheidung

Das Urteil bindet zwar nur die Parteien des Verfahrens, entfaltet jedoch erhebliche Orientierungswirkung für vergleichbare Fälle. Solange die nationale Umsetzung aussteht, lassen sich vergleichbare Ansprüche in Einzelfällen nicht ausschließen. Das Verwaltungsgericht hat die Berufung wegen der grundsätzlichen europarechtlichen Bedeutung zugelassen. Ob diese eingelegt wird, ist derzeit offen. Der VBB steht in regelmäßigem Austausch mit dem dbb und wird über die weitere Entwicklung informieren. Es bleibt abzuwarten, ob die Entscheidung in höheren Instanzen bestätigt wird. Für Bundesbeamte ist das Urteil jedoch ein wichtiger Schritt hin zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Anna Kraft

## Beschleunigung der Beihilfebearbeitung für Beamtinnen und Beamte



Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) hat den Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes und zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften vorgelegt (BT-Drucksache 21/1926). Neben Anpassungen im Bereich der Sicherheitsüberprüfung enthält der Entwurf wichtige Neuerungen für Beamtinnen und Beamte, insbesondere zur Beschleunigung der Beihilfebearbeitung.

Im Art. 7 des Gesetzesentwurfs wird ein neuer § 80a in das Bundesbeamtengesetz (BBG) eingefügt, der die Überschrift „Beihilfe-rechtliche Verfahrenserleichterungen“ trägt. Danach gilt eine beantragte Aufwendung grundsätzlich als erstattungsfähig, wenn die zuständige Beihilfestelle nicht innerhalb von vier Wochen nach Eingang des Antrags entschieden hat. Damit wird sichergestellt, dass Beihilfeverfahren nicht übermäßig lange dauern und die Berechtigten schneller Klarheit über ihren Anspruch erhalten.

Es gibt jedoch Ausnahmen: Eine beauftragte Aufwendung gilt nicht als erstattungsfähig, wenn grundsätzlich eine vorherige Anerkennung der Aufwendung erforderlich ist und diese Anerkennung zum Zeitpunkt des Antragseingangs noch nicht erfolgt ist, oder wenn und soweit kein Anspruch auf Erstattung der beantragten Aufwendung bestanden hätte und die beihilfeberechtigte Person dies wusste oder infolge grober Außerachtlassung der gebotenen Sorgfalt nicht wusste. Auf diese Weise werden sowohl

missbräuchliche Anträge als auch unzulässige Aufwendungen ausgeschlossen, während gleichzeitig die Verfahren für berechnigte Beihilfeberechtigte beschleunigt werden.

Die Regelung tritt am Tag nach der Verkündung des Gesetzes im Bundesgesetzblatt in Kraft. Eine öffentliche Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages zum Gesetzentwurf war für den 3. November 2025 vorgesehen.

Der VBB begrüßt die Einführung des neuen § 80a BBG. Die Neuordnung setzt verbindliche Bearbeitungsfristen, schafft Transparenz in den Beihilfeverfahren und ist ein wesentlicher Schritt zu einer effizienteren Verwaltung. Darüber hinaus erwarten wir nachdrücklich, dass das parlamentarische Verfahren nach der Anhörung zügig abgeschlossen wird, sodass das Gesetz noch im Jahr 2025 in Kraft tritt.

## Beihilfe-App

### Modifikation der Aufnahmefunktion mit neuer Version 1.7.7



Mit der kürzlich bereitgestellten Version 1.7.5. der App „Beihilfe Bund“ wurde zur Verbesserung der Bildqualität von abfotografierten Belegen eine neue Filtertechnologie eingebaut.

Nach den ersten Erfahrungen mit den Kennzeichnungen der Bildaufnahmen hat das Bundesverwaltungsamt den Filter weiter optimiert.

Alle anderen Neuerungen aus der vorherigen App-Version sind weiterhin nutzbar.

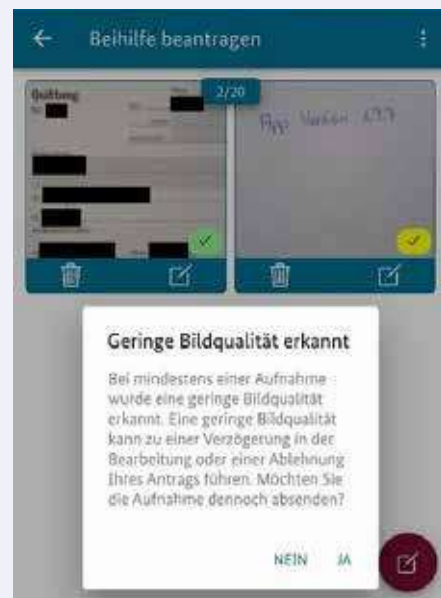
Die aktuelle Version 1.7.7 steht ab dem 6. November 2025 in den App-Stores zur Verfügung.

### Filter bei Bildaufnahmen

Die Filterfunktion beim Fotografieren von Rechnungen bleibt weitestgehend erhalten. Das Bild wird unmittelbar nach der Aufnahme gekennzeichnet, bei sehr guter Qualität mit einem dunkelgrünen Haken und bei noch guter Qualität mit einem hellgrünen Haken.

Aufnahmen, die diese Qualitätsstufen nicht erreichen, werden jedoch nicht mehr mit einem roten Kreuz versehen und das Absenden des Antrages mit Aufnahmen von schlechter Qualität nicht mehr blockiert.

Stattdessen werden schlechte Aufnahmen zukünftig mit einem gelben Haken versehen. Sofern diese Belege dennoch versendet werden sollen, wird mit einer Meldung auf die mögliche Verzögerung in der Antragsbearbeitung hingewiesen.



Mit freundlichen Grüßen

Ihr Beihilfeteam

im Bundesverwaltungsamt  
- Dienstleistungszentrum -



## ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER IM VBB

# Einführung der Möglichkeit zur freiwilligen Erhöhung der regelmäßigen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit auf bis zu 42 Stunden („42-Stunden-Woche auf freiwilliger Basis“)

Mit dem Abschluss der Tarifeinigung 2025 haben sich die Tarifvertragsparteien darauf verständigt, dass eine neue Möglichkeit zur Flexibilisierung von Arbeitszeiten geschaffen wird.

Demnach können Beschäftigte und Arbeitgeber ab dem 1. Januar 2026 im gegenseitigen Einvernehmen individuell vereinbaren, die regelmäßige durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit zeitlich befristet zu erhöhen. Eine solche Vereinbarung ist für beide Seiten freiwillig.

Die wöchentliche Arbeitszeit kann um bis zu drei Stunden erhöht werden. Beschäftigte erhalten dafür ein anteilig erhöhtes Entgelt. Hinzu kommt ein Erhöhungszuschlag pro Stunde in der EG 1–9b von 25 Prozent und in der EG 9c–15 von 10 Prozent.

Das BMI hat mit dem *Durchführungsroundschreiben D5.31001/17#32* vom 22. Oktober 2025 nun die tariflichen Vorgaben veröffentlicht. Für die Umsetzung im Geschäftsbereich BMVg ist noch ein entsprechender Erlass erforderlich, der nach hiesigen



Informationen in der zweiten Novemberhälfte herausgegeben wird. Wir empfehlen, einen Antrag erst danach zu stellen.

Bitte scannen Sie den QR-Code, um zum Durchführungsroundschreiben zur Einführung der Möglichkeit zur freiwilligen Erhöhung der regelmäßigen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit auf bis zu 42 Stunden („42-Stunden-Woche auf freiwilliger Basis“) zu gelangen.



## VBB-BUNDESSCHWERBEHINDERTENVERTRETUNG

# Neue Regeln bei der Feststellung einer Schwerbehinderung – was sich ändert

Seit dem 3. Oktober 2025 gilt die Sechste Änderungsverordnung zur Versorgungsmedizin-Verordnung (6. ÄndVO zur VersMedV). Sie regelt, wie Ärztinnen, Ärzte und Behörden den Grad der Behinderung (GdB) feststellen.

Die Änderung ist besonders wichtig für alle Menschen, die wegen chronischer Schmerzen oder mehrerer Erkrankungen einen Antrag oder Änderungsantrag auf Anerkennung einer Schwerbehinderung stellen.

### Ziel der neuen Regelung

Die Verordnung wurde modernisiert und enger an die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) angepasst. Es geht dabei nicht mehr nur um medizinische Befunde, sondern in erster Linie um folgende Frage:

### Wie stark schränkt eine Erkrankung die Teilhabe am Leben ein?

Das betrifft den Alltag, den Beruf, das Familienleben und Aktivitäten in der Freizeit.

### Was ändert sich konkret?

#### Teilhabefokus statt reine Medizinbewertung

Der GdB richtet sich stärker als bisher danach, wie sehr eine gesundheitliche Beeinträchtigung das Leben einschränkt – nicht

allein danach, wie schwer die Krankheit medizinisch einzuordnen ist.

### Stärkere Berücksichtigung von Schmerzen

Schmerzen wurden bisher oft nur als Begleiterscheinung anerkannt. Nun können sie als eigene Beeinträchtigung berücksichtigt werden, sofern sie stark, dauerhaft und gut dokumentiert sind.

Hierbei hilft die ICD-Klassifizierung, also die internationale Codierung von Krankheiten (zum Beispiel M79.7 für Fibromyalgie, G89.2 für chronische Schmerzen).

### Gesamtbetrachtung bei mehreren Erkrankungen

Mehrere Erkrankungen werden nicht addiert. Vielmehr wird bewertet, wie sich die Beeinträchtigungen zusammengenommen auf das tägliche Leben auswirken.

### Was bedeutet das für Menschen mit chronischen Schmerzen?

Chronische Schmerzen finden künftig größere Beachtung. Voraussetzung ist jedoch eine gute medizinische Dokumentation, insbesondere in Form einer klaren ICD-Diagnose.

#### Im Antrag sollte deutlich werden:

- Welche Tätigkeiten sind nur eingeschränkt oder gar nicht möglich?
- Welche Hilfsmittel oder Pausen sind erforderlich?
- Welche Auswirkungen bestehen auf Alltag, Beruf oder Familie?

Wenn die Schmerzen stärker ausgeprägt sind als medizinisch erwartet und sie als eigenständige ICD-Diagnose geführt werden, können sie zusätzlich berücksichtigt werden. Dies wird als Komorbidität bezeichnet.

### Tipps für den Antrag oder Änderungsantrag

- Alle medizinischen Unterlagen sammeln: Arztberichte, Reha-Berichte, Krankenhausentlassungen, Nachweise der Schmerztherapie
- ICD-Codes prüfen und angeben: Ärztin oder Arzt um klare Diagnosen inklusive ICD-Klassifikation bitten.

- Alltagsbeeinträchtigungen konkret beschreiben: Beispiel: „Ich kann nur 200 Meter gehen, danach treten starke Schmerzen auf.“
- Sämtliche Erkrankungen nennen: auch psychische Belastungen, die im Zusammenhang mit den Schmerzen stehen.
- Beratungsangebote nutzen: Schwerbehindertenvertretungen und Sozialverbände (VdK, SoVD) unterstützen beim Ausfüllen des Antrags.

### Chancen und Herausforderungen

#### Vorteile

- Schmerzen werden ernster genommen.
- Die Bewertung orientiert sich stärker am tatsächlichen Alltag.
- größere bundesweite Einheitlichkeit

#### Herausforderungen

- hoher Bedarf an gut aufbereiteten medizinischen Unterlagen
- Ohne aussagekräftige Arztberichte kann eine GdB-Feststellung schwieriger sein.

### Quellen und weiterführende Informationen

- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Änderungen der Versorgungsmedizin-Verordnung
- buzer.de: § 2 VersMedV – Gemeinsame Grundsätze
- Sozialverband VdK Deutschland e.V.: Stellungnahme zur 6. ÄndVO
- REHADAT: Informationen zur Reform der Versorgungsmedizin-Verordnung

Ihr Bundesschwerbehindertenvertreter  
Christopher Würz

[christopher.wuerz@vbb-bund.de](mailto:christopher.wuerz@vbb-bund.de)  
[www.vbb.dbb.de](http://www.vbb.dbb.de)



## VBB-JUGEND



# Shake it up! VBB-Jugend lernt mixen im Circus Maximus

Am 24. Oktober 2025 traf sich die Jugend des VBB zu einer ganz besonderen Veranstaltung: einem Cocktailkurs im Circus Maximus in Koblenz. Unter dem Motto „Mix it like a pro“ drehte sich an diesem Abend alles um Shaker, Eiswürfel und bunte Drinks.

Nach einer kurzen Einführung in die Welt der Cocktails erklärte der erfahrene Barkeeper, worauf es beim Mixen ankommt: Das richtige Mischverhältnis, die passenden Aromen und ein bisschen Show dürfen natürlich auch nicht fehlen! Dann durften die Nachwuchsbarkeeper selbst Hand anlegen. In kleinen Gruppen wurden Klassiker wie Mojito, Ipanema oder Tropical Sun-

rise ausprobiert – mit großem Spaßfaktor und jeder Menge Kreativität. Diese Teambuildingmaßnahme war ein voller Erfolg! Zum Abschluss klang der Abend bei einem gemeinsamen Abendessen gemütlich aus. Weitere gemeinsame Veranstaltungen der Bereiche IX und IV sind bereits in Planung und werden folgen. ■

## VBB-SENIOREN

# Seniorinnen und Senioren zu Gast beim Bundesnachrichtendienst

Auf Initiative des Bereichs VIII (BMVg) des Verbandes der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr (VBB) besuchten interessierte Seniorinnen und Senioren der VBB-Bereiche VII und VIII (Standort Berlin) sowie des dbb landesbundes brandenburg die neu errichtete Zentrale des Bundesnachrichtendienstes (BND) im Herzen der Hauptstadt.



Nach einer flughafenähnlichen Sicherheitskontrolle erwartete die Teilnehmenden ein äußerst spannender Vortrag einer Referentin des Besucherzentrums. Sie verstand es auf beeindruckende Weise, die Aufgaben, Befugnisse und Rechtsgrundlagen des Auslandsgeheimdienstes lebendig zu vermitteln und das Publikum aktiv einzubeziehen. In einem offenen Dialog wurden zahlreiche Fragen erörtert – insbesondere zu den Themen Transpa-

renz versus Geheimhaltung, den Risiken für Mitarbeitende im Auslandseinsatz und den hohen rechtlichen Hürden, die der BND bei seiner Arbeit zu beachten hat.

Im Anschluss erkundeten die Besucherinnen und Besucher die interaktive Ausstellung des Besucherzentrums. An rund 100 Exponaten erfuhren sie mehr über den Auftrag, die Informationsbeschaffung, die Geschichte sowie die vielfältigen Tätigkeitsfelder der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BND.

Weitere Informationen über den Bundesnachrichtendienst und sein Besucherzentrum finden Interessierte unter [www.bnd.bund.de](http://www.bnd.bund.de). Ein privater Besuch lohnt sich auch ohne vorherige Anmeldung.

Den gelungenen Vormittag ließ die Gruppe im Restaurant *Esszimmer Berlin* ausklingen. Bei leckerer deutscher Küche und in gemütlicher Atmosphäre bot sich Gelegenheit, die gewonnenen Eindrücke in entspannter Runde Revue passieren zu lassen – ein rundum erkenntnisreicher und gelungener Ausflug. ■

## AUS UNSEREN BEREICHEN UND LANDESVERBÄNDEN

### 40-jähriges Jubiläum

# Das traditionelle Seniorentreffen des Bereiches I

Zu diesem Anlass haben sich auf Einladung der Bereichsseniorensprecher Peter Fischer und Hans-Jürgen Schwinge am 9. Oktober 2025 wieder viele interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Kiel auf den Weg gemacht.

### Bereich I: Schleswig-Holstein/ Hamburg/Mecklenburg-Vorpommern

**Bereichsvorsitzende: Simone Rahn**  
**Bundeswehrkrankenhaus Hamburg (BwKrhs Hamburg)**  
**Krankenhausverwaltung im BwDLZ Lesserstraße 180**  
**22049 Hamburg**  
**Telefon (dienstl.): 040 – 69 47 27 000**  
**Postanschrift:**  
**VBB-Bereich I**  
**Steenkoppel 24**  
**24598 Boostedt**  
**E-Mail: [Bereich1@vbb-bund.de](mailto:Bereich1@vbb-bund.de)**



Aber auch Gäste waren der Einladung gefolgt. So konnte die ebenfalls angereiste Bereichsvorsitzende Simone Rahn zum Beginn der Veranstaltung unsere Bundesvorsitzende Imke v. Bornstaedt-Küpper, den Bundesseniorenvertreter Peter Balmes und den Leiter BwDLZ Kiel, RDir Dähne begrüßen. Nicht zu vergessen sind die Ehrenbereichsvorsitzenden Heinz Pries und Horst Triebel sowie der Ehrenbereichsseniorensprecher Heinz Klose.

Nach der Begrüßung stärkten sich alle Anwesenden erst mal mit einer deftigen Erbsensuppe. Um 13 Uhr eröffnete die Bereichsvorsitzende Simone Rahn dann den offiziellen Teil der Veranstaltung. RDir Dähne gab in seinem Grußwort einen kurzen, aber dennoch klaren Überblick über die Aufgaben des BwDLZ Kiel, die im Hinblick auf die veränderte Sicherheitslage in Europa bereits auf die Dienststelle zugekommen sind, und betonte, dass noch

viele Veränderungen und Herausforderungen auch auf alle zivilen Dienststellen zukommen werden.

Peter Balmes als Bundesseniorenvertreter stellte seine Person vor und sprach in einem ausführlichen Vortrag von seiner Arbeit in der Seniorenvertretung. Imke v. Bornstaedt-Küpper berichtete von ihrer Arbeit als Bundesvorsitzende und gab Einblick in die neuesten Entwicklungen des Verbandes. Peter Fischer als Seniorensprecher Bereich I gab einen kurzen Rückblick auf das Bundesseminar 2025 in Bonn. Auch gab er einige Tipps zum Thema Beihilfe und zum Verhalten bei Schockanrufen.

Das Treffen endete bei Kaffee und Kuchen und vielen Gesprächen der Kolleginnen und Kollegen. Man war sich einig: 2026 findet das 41. Seniorentreffen des VBB-Bereiches I statt! ■

## Austausch, Diskussionen und Networking

# Jugendseminar Bereich I



© VBB (3)

Am 26. und 27. September 2025 traf sich die VBB-Jugend des Bereiches I (SH/MV/HH) in Eckernförde zum Jugendseminar.

Es wartete ein buntes Programm – von spannenden Vorträgen über lebhaftes Diskussions bis hin zu gemeinsamen Aktivitäten in der Stadt. Ein besonderes Highlight war der Sensibilisierungsvortrag zum Thema „Internetverhalten und soziale Netzwerke“, der viele Denkanstöße bot und zu intensiven Gesprächen anregte. Auch die Diskussionsrunden zur Digitalisierung der Verwaltung und zur Bundeswehr zwischen Politik und Gesellschaft wurden intensiv und mit viel Engagement geführt. Die engagierte Beteiligung aller machte deutlich, wie wichtig jungen Menschen der Austausch über aktuelle politische und gesellschaftliche Fragen ist.

Natürlich kam auch das Miteinander nicht zu kurz: Statt der geplanten Besichtigung eines U-Bootes ging es in die traditionelle Bonbonkocherei – ein süßer Programmpunkt, der für viel Begeisterung und volle Einkaufstaschen sorgte. Bei der historischen Stadtführung durch Eckernförde und beim abendlichen Beisammensein wurde viel gelacht und neue Kontakte geknüpft.



Das Feedback am Ende des Seminars fiel durchweg positiv aus: Die Teilnehmenden betonten, dass sie nicht nur wertvolle Eindrücke und neue Perspektiven mitnehmen, sondern auch bei zukünftigen Seminaren unbedingt wieder dabei sein möchten. Das Seminar hat gezeigt, dass Gewerkschaftsarbeit nicht trocken sein muss, sondern auch Spaß, Gemeinschaft und jede Menge Austausch bedeutet.

## Standortgruppe Kiel

# VBB-Seniorenfrühstück

Im Oktober 2025 fand das 26. Seniorenfrühstück der Pensionäre der Standortgruppe Kiel in dieser Wahlperiode statt.

Nahezu monatlich treffen sich die Senioren in der Kantine der ehemaligen WBV in Kiel zu einem gemeinsamen Frühstück – begleitet von Vorträgen, Diskussionen zu aktuellen Themen oder einfach zum geselligen Austausch und Fachsimpeln.

In den vergangenen Monaten boten verschiedene Referenten spannende Einblicke: So hielt Kollege Hans-Wilhelm Rahn einen hochaktuellen Vortrag zum Marinearsenal, während Kollege Heinz Pries mit einem Bildervortrag von seiner Studienreise nach Israel beeindruckte. Der Kollege Rüdiger Biskup widmete sich in einer humorvollen Unterrichtung den alten Bauernhäusern in Schleswig-Holstein, und Kollege Manfred Quelle berichtete mit interessanten Einblicken über die Arbeit der Kieler Tafeln.

Auch außerhalb der Kantine wurden informative Veranstaltungen angeboten: Seniorenvertreter Gert Fischer organisierte erfolgreiche Außentermine, darunter eine Besichtigung der Kieler Abwasserreinigung im Klärwerk Bülk sowie eine Führung durch die Kieler Müllverbrennungsanlage – derzeit die modernste Anlage ihrer Art im Bundesgebiet.



© VBB (3)

Horst Triebel (links) ehrt Jörg Burmeister für 40 Jahre Verbandszugehörigkeit.



Seniorenvertreter und Ehrenbereichsvorsitzender Horst Triebel (rechts) ehrt Mitglied Uwe Jens für 50 Jahre Verbandszugehörigkeit.



Ein besonderer Höhepunkt des jüngsten Treffens war die Ehrung langjähriger Mitglieder:

Seniorenvertreter und Ehrenbereichsvorsitzender Horst Triebel zeichnete Uwe Jens mit der Ehrenmedaille des VBB für 50 Jahre Mitgliedschaft und Jörg Burmeister mit dem Ehrenzeichen des VBB für 40 Jahre Mitgliedschaft aus und dankte beiden für ihre langjährige, treue Verbandszugehörigkeit.

**Standortgruppe Bremerhaven**

# Mitgliederversammlung

Die Begrüßung der teilnehmenden Mitglieder erfolgte um 10 Uhr durch den Standortgruppenvorsitzenden Dirk Weber. In seinem einleitenden Beitrag gab er einen kurzen Überblick über die Arbeit des VBB in den vergangenen Monaten.

Im Anschluss wurden mögliche Veranstaltungen für das Jahr 2026 besprochen. Alle Mitglieder wurden gebeten, Wünsche und Vorschläge für künftige gesellige Aktivitäten einzureichen. In diesem Zusammenhang erinnerte man sich auch an die freundlichen Einladungen anderer VBB- und dbb Gruppen in den vergangenen Jahren.

Ein besonderer Programmpunkt war der umfangreiche Beitrag von RAR Hupfer zur Arbeit des Sozialdienstes der Bundeswehr. Herr Hupfer hob hervor, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialdienstes allen Beschäftigten, Ruheständlern und deren Angehörigen in schwierigen Lebenssituationen als Ansprechpartner zur Verfügung stehen – selbstverständlich unter Wahrung der Schweigepflicht. Innerhalb seines Vortrages entwickelte sich ein reger Meinungs- und Informationsaustausch, insbesondere zu den unterschiedlichen Facetten der Beihilfe. Es wurde vereinbart, den Austausch über die Angebote des Bundeswehrsozialdienstes auch künftig fortzusetzen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde nochmals auf die neue VBB-App hingewiesen, die vielfältige Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten bietet.

Zum Abschluss der Veranstaltung wurden zwei langjährige Mitglieder der Standortgruppe Bremerhaven geehrt:

**Bereich II: Niedersachsen/Bremen**

**Bereichsvorsitzender: Karl Nowotny**  
 Gustav-Meyer-Straße 101  
 29633 Munster  
 dienstlich: Bundeswehr-Dienstleistungszentrum  
 Munster (BwDLZ Munster)  
 Emminger Weg 61  
 29633 Munster  
 Telefon: 05192 – 12 50 04  
 E-Mail: karlnowotny@bundeswehr.org

- Herr Wolfgang Guhr für 25 Jahre Mitgliedschaft
- Herr Jürgen Radünz für 40 Jahre Mitgliedschaft im VBB

Der Standortgruppenvorsitzende sprach beiden Geehrten seinen Dank und großen Respekt für ihre langjährige Verbundenheit und Unterstützung aus.

Nach einer abschließenden Gesprächsrunde endete die Versammlung um 12.50 Uhr.



© VBB (4)

**Standortgruppenvorsitzender Weber (Mitte) mit den beiden geehrten Mitgliedern Herr Guhr (links) und Herrn Radünz (rechts)**



## Standortgruppe Hannover

# Bowling

Dem Drang nach sportlicher Betätigung folgend und um den Herbstdepressionen entgegenzutreten, hatte die Standortgruppe Hannover am 22. Oktober zu einem Bowling in die Bowling World im Zentrum Hannovers eingeladen, und Kollege Andreas Berger konnte im Namen des Vorstandes fast 20 Mitglieder begrüßen.

Obwohl bei diesem sportlichen Treiben Kenntnisse und Fähigkeiten bei den Teilnehmenden doch recht unterschiedlich verteilt waren, hatte dies keine störenden Auswirkungen auf die gute Stimmung bei der Veranstaltung. Alle Anwesenden zeigten von Anfang an, dass sie gewillt waren, die Geschichte des Bowlings in Teilen neu zu schreiben. Zwei Stunden lang hatten alle ihr Bestes gegeben, diese Sportart mit all ihren Raffinessen und abenteuerlichen Facetten den staunenden Zuschauern darzubieten. Mit neuen ungewöhnlichen Wurftechniken, die in diesen gezeigten



Formen eher selten auf den Bahnen zu finden sind, wurde die Veranstaltung stimmungsvoll bereichert.

Im Anschluss wurde die Nachbetrachtung in das nahegelegene „Meiers Lebenslust“ verlegt. Dort wurden die sportlichen Heldentaten des Abends gefeiert und es wurde vereinbart, sich zu gegebener Zeit wiederzutreffen, um weitere Kapitel der Geschichte des Bowlings zu schreiben.

## Standortgruppe Rhein-Main

# Besuch im Herzen Europas – zu Gast im Europaparlament Straßburg

Am 9. September 2025 unternahm die Standortgruppe Rhein-Main einen Ausflug nach Straßburg mit einem Besuch des Europaparlaments. Die Fahrt begann bei Starkregen, der uns bis kurz vor Straßburg begleitete. Doch pünktlich zur Ankunft klarte der Himmel auf und bescherte uns freundliches Wetter.

Zunächst stand ein kurzer Abstecher in die Straßburger Innenstadt auf dem Programm. Für eine Besichtigung des imposanten Münsters blieb jedoch keine Zeit, da an der Anlegestelle bereits das Schiff auf uns wartete, das uns zum Europaparlament brachte. Während der knapp einstündigen Fahrt auf der Ill erhielten wir interessante Informationen über die bewegte Geschichte der Stadt.

Am Europaparlament angekommen, mussten wir uns zunächst einer Sicherheitskontrolle unterziehen, die an Flughäfen erinnerte. Anschließend wurden wir von einem Mitarbeiter des EU-Abgeordneten Michael Gahler empfangen. Herr Gahler informierte uns ausführlich über die Arbeit des Europäischen Parlaments und beantwortete zahlreiche Fragen aus dem Publikum.

Zum Abschluss bot sich uns noch die Gelegenheit, eine Debatte von der Besuchertribüne aus zu verfolgen – ein eindrucksvoller Einblick in die parlamentarische Arbeit auf europäischer Ebene. Danach ging es

### Bereich IV: Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland

**Bereichsvorsitzender:** Rainer Schönhofen  
**Wehrtechnische Dienststelle für landgebundene Fahrzeugsysteme, Pionier- und Truppentechnik (WTD 41) Kolonnenweg 54296 Trier-Grüneberg**  
**Telefon:** 0651 – 91 29 22 02  
**Bw-Kennzahl:** 90 – 4722 2202  
**E-Mail:** rainerschoenhofen@bundeswehr.org

zurück zum Bus, der bereits auf uns wartete. Aufgrund zeitlicher Verzögerungen musste die ursprünglich geplante Schlussrast leider entfallen.



Gruppenfoto mit EU-Abgeordnetem Michael Gahler (vordere Reihe Vierter von links)

## Standortgruppe St. Wendel

# Jahreshauptversammlung

Die Standortgruppe St. Wendel hat am 28. Oktober 2025 ihre diesjährige Jahreshauptversammlung im Kulturzentrum Krone in Urweiler durchgeführt. Zu Beginn begrüßte der Vorsitzende Peter Zeyer die anwesenden Mitglieder sowie als Gäste den Bereichsvorsitzenden Rainer Schönhofen und die Referentin RAR'in Anne Bernarding.

Nach dem Gedenken an die im vergangenen Jahr verstorbenen Kolleginnen und Kollegen folgte der Bericht über die durchgeführten Sitzungen, Ereignisse und Themen seit der letzten Jahreshauptversammlung. Anschließend übergab Zeyer das Wort an Kollegin Martha Willmes, die in ihrer Funktion als Kassenwartin den Kassenbericht vorstellte. Ergänzend erläuterte Kollege Markus Beyer das Ergebnis der Kassenprüfung und bescheinigte eine ordnungsgemäße und einwandfreie Kassenführung.

Im Anschluss folgte der Vortrag von RAR'in Anne Bernarding vom Sozialdienst des BwDLZ Zweibrücken, StO Saarlouis. Sie widmete sich dem Thema „Pflege“ und stellte die Vielfalt sowie die Komplexität der Aufgaben in diesem Bereich heraus. Ihr Fokus lag auf den wichtigsten Eckpunkten und Hinweisen, um die Teilnehmenden für die Relevanz des Themas zu sensibilisieren. Zudem gab sie hilfreiche Tipps zu zuständigen Ansprechstellen. Der Vortrag wurde von den Anwesenden als sehr gelungen und informativ wahrgenommen.

Daraufhin richtete Bereichsvorsitzender Rainer Schönhofen seine Grußworte an die Versammlung und übermittelte zugleich die Grüße der Bundesvorsitzenden. Er informierte über aktuelle Entwicklungen im VBB, darunter den Stand der Tarifrunde und die erwartete Übertragung des Ergebnisses auf Beamte und Versorgungsempfänger, Änderungen in der Bundeslaufbahnverordnung sowie die Problematik der Besetzung von Verwaltungsdienstposten mit Soldatinnen und Soldaten. Zudem ging er auf den geplanten Aufwuchs der Karrierecenter mit Musterungskomponenten und psychologischem Dienst ein – Bereiche, in denen derzeit entscheidende Weichenstellungen noch ausstehen. Kollege Lenzen übergab ihm hierzu ein Fragenpaket für die Bundesleitung.

Der Höhepunkt der Veranstaltung folgte zum Abschluss des offiziellen Teils: Kollege Karl-Heinz Marx wurde für 50 Jahre ununter-



brochene Mitgliedschaft im VBB geehrt – eine besondere Auszeichnung, die mit großem Applaus gewürdigt wurde.

Nach der offiziellen Schließung der Versammlung durch den Vorsitzenden ging die Veranstaltung in ein geselliges Beisammensein über. Beim gemeinsamen Abendessen ergaben sich zahlreiche Gespräche und die Möglichkeit, Erinnerungen auszutauschen und sowohl auf alte als auch auf neue Zeiten zurückzublicken. ■



## Standortgruppe Mosbach

# Goldene Ehrennadeln für 25 Jahre Mitgliedschaft im VBB

Die Ortsgruppe Mosbach ehrte im Rahmen einer Feierstunde bei der BwF Neckarzimmern gleich drei verdiente Mitglieder für ihre langjährige Treue zum Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr.



## Bereich V: Baden-Württemberg

Landesvorsitzende: Karin Voit  
 Lehrbereich  
 Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung  
 - Fachbereich Bundeswehrverwaltung -  
 Seckenheimer Landstraße 10  
 68163 Mannheim  
 Telefon: 0621 – 42 95 44 50  
 Telefax: 0621 – 42 95 42 22  
 Bw-Kennzahl: 90 – 5331 4450  
 E-Mail: KarinVoit@bundeswehr.org

Für 25 Jahre Mitgliedschaft wurden Uwe Hahn, Norbert Nuß und Mario Muthny mit der goldenen Ehrennadel des VBB ausgezeichnet.

Die Ehrung wurde vom 1. Vorsitzenden BrdAmtm Holger Frank sowie dem stellvertretenden Vorsitzenden HptBrdMstr Timo Steichler vorgenommen.

Die Ortsgruppe Mosbach gratuliert herzlich und dankt den Jubilaren für ihr langjähriges Engagement und ihre Verbundenheit zum Verband.

**Für 25 Jahre Mitgliedschaft wurden Uwe Hahn, Norbert Nuß und Mario Muthny mit der goldenen Ehrennadel des VBB ausgezeichnet.**

## Standortgruppe Ulm

# Informationsveranstaltung

Am 15. Oktober 2025 trafen sich die Kolleginnen und Kollegen der Standortgruppe in der Brauereigaststätte Drei Kannen zu einer Informationsveranstaltung.

Der Standortgruppenvorsitzende Michael Kaminski konnte neben den Mitgliedern der Standortgruppe als Ehrengast die stellvertretende Bundesvorsitzende Antje Ott begrüßen.

Sie trug frisch und locker zu aktuellen Themen wie der Umsetzung der Gleichwertigkeit von Bachelor und Meister beziehungsweise Techniker im Laufbahnrecht, der Attraktivitätssteigerung für den mittleren Dienst oder die amtsangemessene Alimentierung vor. Die Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich rege und konnten aus den unterschiedlichen Bereichen Erfahrungen und Eindrücke einbringen. Hier saßen schließlich aktive und pensionierte Angehörige des mittleren, gehobenen, höheren Dienstes aus dem Bereich des nichttechnischen, technischen, feuerwehrtechnischen Dienstes und sonstiger Laufbahnen zusammen.

So konnten alle etwas beitragen und mitnehmen.

Als weiterer Punkt standen noch Ehrungen für langjährige Mitgliedschaften an. Kollegin Wesselak und

Kollege Wolfgang erhielten die goldene Ehrennadel für 25-jährige Mitgliedschaft. Besonders geehrt wurde dann noch Kollege Brackmann mit dem Ehrenzeichen am Bande für 60 Jahre Mitgliedschaft.

Im Anschluss gab es ein gemeinsames Abendessen, bei dem die Gespräche weitergeführt wurden. So klang ein schöner und informativer Abend aus.



## Standortgruppe Landsberg/Lechfeld

# Grillfest in Landsberg

Bei bestem Wetter trafen sich im Monat September wieder viele Mitglieder der Standortgruppe Landsberg/Lechfeld beim traditionellen Grillfest. Es waren alle Mitglieder mit Partnern und Kindern eingeladen. Annähernd 40 Kolleginnen und Kollegen hatten dann auch den Weg zur Grillhütte der Welfenkaserne gefunden.

### Bereich VI: Bayern

Landesvorsitzender: Lothar Breunig  
 Wehrtechnische Dienststelle für Luftfahrzeuge  
 und Luftfahrtgerät der Bundeswehr (WTD 61)  
 Flugplatz  
 85077 Manching  
 Telefon: 08459 – 80 25 30  
 Bw-Kennzahl: 90 – 6601 2530  
 E-Mail: Landesverband-Bayern@vbb-bund.de  
 E-Mail: LotharBreunig@bundeswehr.org



Leider konnten wir diesmal – bedingt durch einige kurzfristige Absagen – keine Kinder begrüßen. Aber zur Freude aller Anwesenden kam auch der neue Dienststellenleiter, Herr ORR Udo Brickl, zur Grillfeier. Dieser wurde durch den StOGrp.-Vorsitzenden, Herrn Markus Madersbacher, herzlich begrüßt. Für einen guten Start wurde Herrn Brickl eine Flasche guten Weines und ein VBB-Notizbuch überreicht. Dieses könne er in der Anfangszeit als neuer Dienststellenleiter bestimmt gut gebrauchen, bemerkte Kollege Madersbacher. Der Nachmittag startete sogleich mit Kaffee und Kuchen sowie anderen kühlen Getränken. Wer einen Schattenplatz erwischte hatte, zählte zu den „Glücklichen“. An den günstig aneinandergereihten Tischen kam man leicht ins Ge-

spräch und konnte sich austauschen. Zum Abend hin konnten sich die Teilnehmer/-innen einen leckeren Krustenbraten oder auch ein Wiener Schnitzel mit Knödel oder Kartoffelsalat sowie eine Auswahl an anderen Salaten schmecken lassen. Für den Durst gab es eine Vielzahl an alkoholischen und antialkoholischen Getränken.

Das Essen hat allen sehr gut geschmeckt und konnte noch rechtzeitig vor dem Aufziehen eines heftigen Gewitters eingenommen werden. Dieses Gewitter hat dann leider die Veranstaltung vorzeitig beendet. Nichtsdestotrotz ist geplant, diese Veranstaltung nächstes Jahr wieder stattfinden zu lassen. ■



Standortgruppenvorsitzender Markus Madersbacher begrüßt den neuen Dienststellenleiter, Herr ORR Udo Brickl.



Grillfeier



Jubilar Ludwig Zeller

## Standortgruppe München/Fürstenfeldbruck

# Mitgliederversammlung

Am 6. November 2025 fand die Mitgliederversammlung der Standortgruppe München/Fürstenfeldbruck statt – mit einer bemerkenswert hohen Beteiligung aktiver Beamtinnen und Beamten, Tarifbeschäftigten sowie zahlreichen Ruheständlern.

Ein besonderer Höhepunkt des Abends war der Gastvortrag von Christian Fuchs, Beisitzer Rechtsschutz im Vorstand des VBB-Landesverbandes Bayern. Mit einem lebendigen, praxisnahen Einblick in das umfassende Rechtsschutzangebot des Verbandes zog er sowohl den Vorstand als auch die Mitglieder in seinen Bann. Ein Thema, das auf den ersten Blick vielleicht fernliegend erscheint, erwies sich als hochrelevant und wurde von den Teilnehmenden mit großem Interesse aufgenommen.

Ebenso erfreulich war die Ehrung von Ludwig Zeller, Vertreter der Ruheständler im Vorstand der Standortgruppe. Vorsitzender Bert Dullin überreichte ihm in dankbarer Anerkennung für 60 Jahre ununterbrochene Mitgliedschaft im VBB das Ehrenzeichen am Bande – ein Ausdruck außergewöhnlicher Treue und Verbundenheit.

In seinem Ausblick auf die aktuellen Arbeitsfelder des Verbandes würdigte Dullin die unermüdliche Arbeit der Bundesvorsitzenden,

die dem Verband immer wieder wichtige Impulse gibt. Er betonte, dass die Bundeswehr nach Jahren selbsterstörerischer Resektion vor einem notwendigen Neustart stehe: Ein neuer Wehrdienst sei im Entstehen, der Ausverkauf der Liegenschaften sei gestoppt und möglicherweise wachse in der Leitung des BMVg die Erkenntnis, dass zivile Aufgaben in den Ämtern wieder vollständig von zivilen Kräften übernommen werden müssen.

Darüber hinaus regte Dullin an, kritisch zu prüfen, ob Personalabrechnung und Beihilfe nicht wieder ins Ressort zurückgeführt werden sollten. „Ohne Not wurden die in der Bundeswehr ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen und ihr Know-how aus den Büchern gestrichen. Diese Aufgaben müssen wieder Teil des neuen Funktionskörpers werden. Im Herzen sind die Kolleginnen und Kollegen immer Teil der Bundeswehr geblieben. Holen wir die Aufgaben und die Menschen zurück – alles andere wäre Stückwerk“, so der Vorsitzende.

## Standortgruppe Magdeburg

# Besuch des Landtages von Sachsen-Anhalt

Am 6. November 2025 besuchte die Standortgruppe Magdeburg den Landtag von Sachsen-Anhalt.

Im Rahmen einer Führung erhielten die Teilnehmenden spannende Einblicke in den Sitz des Landesparlaments und die Arbeitsweise der dortigen Abgeordneten. Besonders erfreulich war die persönliche Begrüßung durch den Landtagspräsidenten, Herrn Dr. Gunnar Schellenberger, der sich Zeit für einen kurzen Austausch nahm. Dabei konnten auch Themen aus der Arbeit in der Bundeswehrverwaltung besprochen werden.



Gruppenbild mit dem Landtagspräsidenten, Herrn Dr. Gunnar Schellenberger, CDU (Fünfter von links)

## Bereich VII: Brandenburg/Berlin/ Freistaat Sachsen/Sachsen-Anhalt/ Freistaat Thüringen

**Bereichsvorsitzender: Steffen Espig**

**VBB Bereich VII**

**Telefon (dienstl.): 0228 – 12 12 602**

**E-Mail: [SteffenEspig@bmvg.bund.de](mailto:SteffenEspig@bmvg.bund.de)**

**Postanschrift:**

**Frau Vanessa Rudolph / Frau Susann Köhler**

**VBB Bereich VII**

**BwDLZ Dresden**

**August-Bebel-Straße 19**

**01219 Dresden**

Zum Abschluss klang der Besuch – wie bei der Standortgruppe Magdeburg schon Tradition – in gemütlicher Runde bei einem gemeinsamen Essen aus, bei dem die aktuellen Verbandsthemen diskutiert und ausgewertet wurden.



**Informationsveranstaltung**

# Treffen der Ruheständler Bereich VIII (BMVg Bonn) auf der Hardthöhe im 4. Quartal 2025

Nach dem großen Erfolg der Informationsveranstaltung des Sozialdienstes des Bundeswehrendienstleistungszentrums Bonn (BwDLZ Bonn) zum Thema „Beihilfe und Beihilfe bei Pflegebedürftigkeit“ am 1. Juli 2025 wurde die Information am 16. Oktober 2025 um folgendes Thema ergänzt:

- Vorsorge für Unfall, Krankheit und Alter durch
- Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung, Patientenverfügung

Die im VBB-Magazin und mit den VBB-Medien im Internet angekündigte Veranstaltung traf wieder auf ein großes Interesse bei den Ruheständlern und deren Angehörigen.

Wieder mit der Glocke wurde das Treffen eröffnet und Manfred Schenke begrüßte die Anwesenden. Ein besonderer Gruß galt den mitgekommenen Angehörigen – eine gute Entscheidung, bei die-

**VBB-Bereich VIII: Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)**

**Bereichsvorsitzender: Daniel Klein**  
**BMVg H II 1 Bundesministerium der Verteidigung**  
**Fontainengraben 150**  
**53123 Bonn**  
**Telefon: 0228 – 12 17 442**  
**Telefax: 0228 – 12 33 43 740**  
**E-Mail: bereich8@vbb-bund.de**

sem wichtigen Thema präsent zu sein. Die wichtigste Person dieses Nachmittags wurde mit einem herzlichen Applaus begrüßt: Kollegin RAR'in Jenny Wilken. Schenke bedankte sich noch einmal für die Bereitschaft des Sozialdienstes im BwDLZ Bonn und bei Frau Wilken, auch diese Informationsveranstaltung durchzuführen.

Nach einer allgemeinen Einführung stellte Kollegin Wilken die Thematik und die Gliederung ihres Vortrags vor. Präzise und für

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

## Besoldungsrecht in Bund und Ländern

**Der Inhalt im Überblick:**

- umfassender Über- und Einblick in alle Besoldungsgesetze des Bundes und der Länder (Stand: 16. Januar 2025)
- ehemals bundeseinheitliches Besoldungsrecht (BBesG a.F.) in der bis zum 31. August 2006 zuletzt geltenden Fassung
- Paragrafenspiegel zum schnellen Zugriff und zur thematischen Zuordnung zu wichtigen Regelungen

- Erläuterungen der im jeweiligen Gesetzgebungsverfahren maßgeblichen Erwägungen und Begründungen zu Beginn der einzelnen Rechtskreise

**Was Sie davon haben:**

Ziel dieses Buches ist es, das komplexe Spezialgebiet des Besoldungsrechts, das in 17 Rechtskreise zersplittert ist, darzustellen. Angesichts der föderalen Dynamik ist es wichtig, eine ausführliche, zugleich aber noch handliche Darstellung der anzuwendenden Gesetze zur täglichen Unterstützung der mit der Gesetzgebung, der Anwendung oder dem Vollzug befassten Personen in Bund und Ländern zu ermöglichen.

**So bestellen Sie ganz einfach:**

Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post, Fax, E-Mail oder über unseren Onlineshop bestellen.

**1424 Seiten**  
**€ 49,80\* je Exemplar**  
 ISBN 978-3-87863-262-7

\* inkl. MwSt. zzgl. Porto und Verpackung



INFORMATIONEN FÜR BEAMTE UND ARBEITNEHMER

DBB Verlag GmbH  
 Friedrichstraße 165 · 10117 Berlin  
 Telefon: 030.7.26.19.17-23  
 Telefax: 030.7.26.19.17-49  
 E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de  
 Internet: www.dbbverlag.de

**BESTELLCOUPON**

Zuschicken oder faxen

- Exemplar/e »Besoldungsrecht in Bund und Ländern« (€ 49,80 zzgl. Porto und Verpackung)
- Verlagsprogramm

Name .....

Anschrift .....

Telefon/E-Mail (freiwillig) .....

**Widerrufsrecht:** Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Tel.: 030.7.26.19.17-23, Fax: 030.7.26.19.17-49, E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de.

**Werbereinwilligung:**  Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich die DBB Verlag GmbH über eigene Produkte (gedruckte und elektronische Medien) und Dienstleistungen über den Postweg oder per E-Mail informiert. Die von mir gemachten freiwilligen Angaben dürfen zu diesem Zweck gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Der werblichen Verwendung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen, entweder durch Mitteilung per Post an die DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, per E-Mail an vertrieb@dbbverlag.de, per Fax an 030.7.26.19.17-49 oder telefonisch unter 030.7.26.19.17-23. Im Falle des Widerspruchs werden meine Angaben ausschließlich zur Vertragserfüllung und Abwicklung meiner Bestellung genutzt.

Datum/Unterschrift .....

jedermann verständlich erläuterte sie die rechtlichen Grundlagen, deren Auswirkungen und die daraus sich ergebenden notwendigen Handlungen. Die Fragen während des Vortrags zeigten deutlich, dass Frau Wilken dem Informationsbedürfnis der Zuhörer vollumfänglich entsprach und das hohe Interesse der Zuhörer getroffen hatte. Immer wieder ergaben sich zum Thema interessante

Beispiele aus dem Alltag. Der Vortrag in bester Atmosphäre endete mit einem herzlichen Dankesapplaus an Kollegin Wilken.

Die wichtigste Erkenntnis: Kein Betroffener und die Angehörigen sind allein! Der Sozialdienst ist jederzeit für uns ansprechbar und dafür sind wir alle sehr dankbar.

Die Botschaft: Der Sozialdienst zaubert immer eine Lösung aus dem Hut!

Das waren hochinteressante und befriedigende Informationen zur



Der Sozialdienst zaubert immer eine Lösung aus dem Hut!



Schenke dankt Kollegin Wilken.

richtigen Zeit. Bei gemütlichem Zusammensein mit Kaffee und Kuchen klang das Treffen aus.

Zum Abschluss bedankte sich Manfred Schenke herzlich bei der Kollegin Wilken und den Anwesenden für ihr Kommen.

## Bereich IX

# Seniorentreffen

Ende Oktober haben sich die Ruheständler des Bereichs IX traditionell im Soldatenheim auf der Horchheimer Höhe zum geselligen Nachmittag eingefunden. Als Referenten hatten sich Martina Kohl (VBB-Ruheständlerin aus dem Bereich IX) und ihr Sohn Thomas angekündigt, die uns die faszinierende Welt der Imkerei näherbringen wollten und dies auch mit viel Engagement und Begeisterung geschafft haben.



## Bereich IX:

### BAAINBw Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr

**Bereichsvorsitzender:**  
**Klaus Schütte**  
 Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr  
 Bezirkspersonalrat beim BAAINBw  
 Ferdinand-Sauerbruch-Straße 1  
 56073 Koblenz  
 Telefon (dienstlich): 0261 – 40 01 24 40  
 E-Mail: Klaus1schuette@bundeswehr.org

Der Vortrag bot umfassende Einblicke in die Praxis der Imkerei. Thomas Kohl erklärte Aufbau und Funktion eines Bienenstocks, erläuterte die Aufgaben der Honigbienen im Jahresrhythmus und ging auf wichtige Pflegemaßnahmen ein, etwa Varroamilbe, Fütterung und Honigraumgestaltung. Es wurde gezeigt, wie man Bienenvölker nachhaltig betreut, welche Messgrößen für die Gesundheit der Bienen wichtig sind und wie Klima- sowie Umweltbedingungen die Honigproduktion beeinflussen. Praktische Tipps wurden vorgestellt, einschließlich standspezifischer Empfehlungen, Schutzmaßnahmen für Bienen und sichere Handhabung von Honigrahmen. Die Anwesenden merkten schnell, mit wie viel Herzblut die kleine Imkerei betrieben wird und wie viel Zeit und Innovationen nötig sind, um den Honig in entsprechender Qualität zu gewinnen. Im Anschluss gab es eine Fragerunde, Netzwerkmöglichkeiten, und natürlich hatte Familie Kohl auch Honig aus eigener Produktion zum Erwerb mitgebracht.

Die Seniorenvertreterin des Bereichs IX bedankte sich bei Familie Kohl für diesen äußerst informativen Vortrag mit einem kleinen Präsent.



## PERSONALNACHRICHTEN

### Wir gratulieren zur Ernennung

**der Regierungsdirektorin**  
Christin Kuhmann, Münster

**der Regierungsamtfrau**  
Tara Braun, BAAINBw

**dem Regierungshauptsekretär**  
Patrick Merkl, Stuttgart  
Hans-Josef Debrich, BAAINBw  
Stefan Dahm, Kiel

**der Technischen Regierungsdirektorin**  
Karola Hagner, Munster

**dem Technischen Regierungsamtman**  
Sebastian Rauhut, Wilhelmshaven II

**der Regierungsoberamtsrätin**  
Daniela Spengler, Baumholder

**der Regierungsoberinspektorin**  
Dorothee Hähnel, Strausberg

### Alle guten Wünsche zum Ruhestand

**der Regierungsamtsrätin a.D.**  
Meike Fuchs, Kiel

**dem Technischen Regierungsamts-  
inspektor a.D.**  
Volker Pappschek, Manching-Ingolstadt

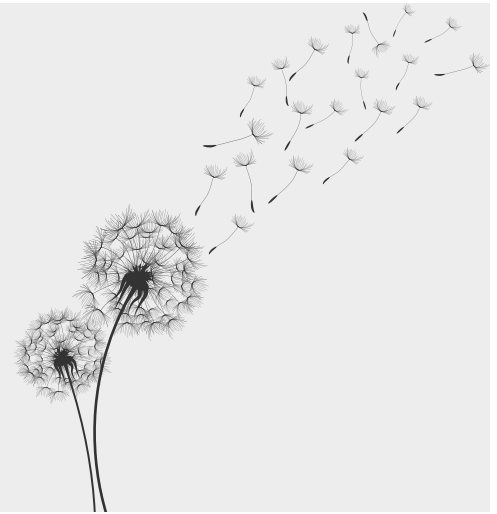
**dem Regierungsamtsrat a.D.**  
Anton Hiegl, Donau-Wald  
Ralf Zimmer, BAAINBw

**dem Regierungshauptsekretär a.D.**  
Olaf Künne, Kyffhäuser

### In stiller Trauer ...

#### ... gedenken wir unserer verstorbenen Kollegen

dem Regierungshauptsekretär a.D. Eckhardt Lenz, Adendorf  
dem Technischen Amtsinspektor a.D. Hartmut Westphal, Düsseldorf  
dem Amtsinspektor a.D. Gunter Mensching, Homburg  
dem Regierungsamtsrat a.D. Thomas Reich, Kiel  
der Regierungshauptsekretärin Ramona Kozłowski, Torgau  
dem Baudirektor a.D. Reinhard Schiek, Wilhelmshaven



#### Hinweis

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB) veröffentlicht im VBB-Magazin regelmäßig persönliche Nachrichten aus folgenden Anlässen: Personalnachrichten (Beförderung, Eintritt in den Ruhestand) und Trauerfälle. Veröffentlicht werden hierbei Name, Vorname, Amtsbezeichnung und Zugehörigkeit zur VBB-Standortgruppe beziehungsweise Wohnort. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. f) EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO). Die Veröffentlichung erfolgt aufgrund der Meldung durch die Bereiche/Landesverbände, der Standortgruppe oder der Veränderungsanzeige durch das Mitglied selbst. Wenn Sie eine Veröffentlichung nicht wünschen, können Sie dieser jederzeit widersprechen. Es genügt eine Mitteilung in Textform. Ein Widerspruch per E-Mail kann gesendet werden an mail@vbb-bund.de. Soweit Veröffentlichungen fehlerhaft sind, werden sie selbstverständlich in korrigierter Form erneut bekannt gegeben. Die wiederholte und korrigierte Bekanntgabe wird dann mit dem Buchstaben (K) gekennzeichnet. Die Schriftleitung bittet darum, fehlerhafte Bekanntgaben rasch zu melden, damit zeitnah eine Korrektur veranlasst werden kann, und entschuldigt sich bei den Betroffenen für das Versehen.

#### Zudem ...

... kann es sein, dass zahlreiche der genannten Ereignisse in den Personalnachrichten schon einige Zeit zurückliegen, da sie uns erst jetzt zur Kenntnis gelangen.

Dennoch soll auf eine Veröffentlichung nicht verzichtet werden. Wir meinen, dass das im überwiegenden Interesse der betroffenen Kolleginnen und Kollegen ist.

Schriftleitung

## Bürokratieabbau

# Bessere Gesetze für weniger Bürokratie

Die Bundesregierung hat am 5. November 2025 ein Entlastungspaket für langfristigen Bürokratieabbau beschlossen. Auf der Agenda des sogenannten Entlastungskabinetts stehen rund 50 Eckpunkte, die eine Grundlage für konkrete Gesetzesvorhaben für die kommenden Monate bilden sollen.

**K**arsten Wildberger (CDU), Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung, sagte dazu: „Die Regierung hat nun einen konkreten Plan für langfristigen Bürokratierückbau. Damit schalten wir das Entlastungspaket scharf – in Umfang, Struktur und Konsequenz ist das ein Ergebnis, wie Deutschland es seit vielen Jahren nicht erlebt hat.“ Viele der 50 Eckpunkte sollen demnach zu substanziellen Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft führen und zügig in Gesetzesform gebracht werden.

Unter anderem will sich die Bundesregierung für weniger Akten, bessere Straßen, Schienen und Brücken starkmachen sowie Genehmigungsverfahren über das Infrastruktur-Zukunftsgesetz beschleunigen, bündeln, verschlanken und digitalisieren. Die Novelle des Energieeffizienzgesetzes beinhaltet eine 1:1-Umsetzung der EU-Richtlinie, inklusive eines Praxischecks mit Fokus auf Rechenzentren, was Pflichten präziser und den Aufwand geringer machen soll. Weiterhin sieht die Initiative Anpassungen des Bauvertragsrechts vor, um Bauen einfacher, günstiger und schneller zu machen. Beim Arbeitsschutz soll die Anhebung der Schwelle für Sicherheitsbeauftragte in Betrieben rund 123 000 Beauftragte entfallen lassen, zudem sollen Formvorgaben modernisiert werden. Nicht zuletzt will die Bundesregierung den Ausbau von Mobilfunk- und Glasfasernetzen durch eine Novelle des Telekommunikationsgesetzes beschleunigen und Ausbauhindernisse beseitigen.

Ebenso hat das Entlastungskabinetts acht konkrete Maßnahmen beschlossen, die unmittelbar umgesetzt werden und mindestens 100 Millionen Euro an Entlastung bringen sollen. Das umfasst unter anderem die Vereinfachung der Gewerbeordnung und die Aufhebung von Berichtspflichten für verschiedene Bereiche, die Digitalisierung des Vollzugs von Immobilienverträgen und zielgerichtete Erleichterungen hinsichtlich steuerlicher Verordnungen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Zusammenarbeit mit der EU. Die Bundesregierung will sich auch in Brüssel aktiv für den Abbau überflüssiger Bürokratie einsetzen und darauf hinwirken, dass neue EU-Vorgaben einfacher und schlanker ausgestaltet werden.

„Wir wollen kein deutsches Gold-Plating mehr – stattdessen setzen wir auf 1:1-Umsetzung und klare Vereinfachung“, betonte Wildberger.

## Geyer: aufwärmen für den Marathon

Der dbb setzt sich seit Langem für Bürokratieabbau ein und setzt darauf, dass die Bundesregierung auf diesem Weg nicht das Wesentliche aus den Augen verliert. „Die beschlossenen Maßnahmen sind ein gutes Aufwärmprogramm, aber der Marathon geht gerade erst los“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer mit Blick auf die Beschlüsse. „Dass Digital- und Staatsmodernisierungsminister Karsten Wildberger diese Projekte entschlossen vorantreibt, begrüßen wir. Die größte Aufgabe wird sein, die Prozesse in den Verwaltungen zu vereinfachen – und damit endlich die dringend benötigte Entlastung der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst zu ermöglichen.“

Kurzfristige Kosteneinsparungen für Unternehmen durch den Abbau von Schutzstandards dürfen dabei aber nicht das primäre Ziel sein, sondern Verfahrensvereinfachung. „Die Bundesregierung hat angedacht, die Zahl der Sicherheitsbeauftragten in Unternehmen zu reduzieren. Wenn dadurch mehr Arbeitsunfälle passieren und die entsprechenden Folgekosten steigen, ist nichts gewonnen – im Gegenteil“, so Geyer, der betont, dass das entscheidende Instrument für Bürokratieabbau eine bessere Gesetzgebung sei. Denn die Verwaltung ist an Recht und Gesetz gebunden. Wer ihre Arbeit vereinfachen will, müsse hier ansetzen: „Bei der Qualität und der Quantität der Gesetze. Mit Blick auf den Personalmangel im öffentlichen Dienst sind eine konsequente Aufgabenkritik, bessere Prozesse, mehr Digitalisierung und KI-Einsatz nötig.“

## Hemsing: Entlastung statt Belastung

Auch dbb-Vize Andreas Hemsing sieht den Schlüssel für erfolgreichen Bürokratieabbau in Entlastung statt Belastung. Auf dem Bundeskongress Bürokratieabbau des „Behörden Spiegel“ sagte er



Andreas Hemsing auf dem Bundeskongress Bürokratieabbau des „Behörden Spiegel“.

am 5. November 2025 in Berlin: „Wenn unnötige Bürokratie viel Arbeitskraft bindet, die an anderer Stelle dringend benötigt wird, steht die Handlungsfähigkeit des Staates auf dem Spiel.“ Bürokratieabbau werde nur erfolgreich sein, wenn es Verbesserungen bei der Rechtsetzung gibt. „Bessere Gesetze bedeuten weniger Bürokratie“, erklärte Hemsing. „Am Ende sind Verständlichkeit und Praxistauglichkeit entscheidend. Und wer wissen will, ob ein Gesetz funktioniert, muss diejenigen fragen, die es am Ende umsetzen müssen. Gerade die Kommunen und ihre Mitarbeitenden müssen viel stärker in den Gesetzgebungsprozess eingebunden werden.“ Bürokratieabbau gelinge nicht durch noch mehr Berichte über Bürokratieabbau, sondern durch Mut zur Vereinfachung. Mittlerweile gebe es in Deutschland über 12 000 Gesetze, 20 000 Verordnungen und 200 000 Verwaltungsvorschriften. „Das ist zu viel und einiges davon ist nicht zielführend“, kritisierte der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb.

### Gespräch mit Rainer Dulger

Bereits am 22. Oktober 2025 hatte dbb-Chef Volker Geyer mit dem Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Rainer Dulger, über die Faktoren für die Ver-

waltung der Zukunft gesprochen. „Bürokratie ist eine notwendige Organisation des Staatsapparates. Im Überfluss belastet sie jedoch Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und die Verwaltung. Deswegen ist es an der Zeit, den Hebel in die Hand zu nehmen und unsere Verwaltungen durch Digitalisierung leistungsfähiger und effizienter zu gestalten.“ Dabei gehe es auch um die Senkung von Bürokratiekosten durch Digitalisierung. Ein wichtiger Bestandteil sei dabei das Once-Only-Prinzip, bei dem Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen ihre Daten nur einmalig eingeben müssen, um sie allen relevanten Behörden zur Verfügung zu stellen.



BDA-Präsident Rainer Dulger (links) und Volker Geyer

Beim Bürokratieabbau sind aber in erster Linie die Gesetzgeber gefragt. „Die Flut an Gesetzen, Verordnungen und Regularien, die von der Politik verabschiedet werden, sorgt für Überlastung der Beschäftigten in den Verwaltungen“, kritisierte Geyer. „Der Vollzug der Gesetze muss daher bereits im Gesetzgebungsverfahren beachtet und geprüft werden.“ Letztlich könne nur eine leistungsfähige und gut ausgestattete Verwaltung öffentliche Sicherheit, sozialen Frieden und Rechtsstaatlichkeit aufrechterhalten. ■

### Webtipp

Die komplette Liste aller Entlastungsvorhaben: [t1p.de/buerokratierueckbau](http://t1p.de/buerokratierueckbau)

## Gesundheitssystem

# Einheitsversicherung löst keine Probleme

Im Gespräch mit Tino Sorge, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, hat dbb-Vize Maik Wagner vor der sogenannten Bürgerversicherung gewarnt.

Das Kostenproblem im Gesundheitssystem sei unbestritten, die vermeintliche Lösung durch eine angeblich solidarische Bürgerversicherung jedoch sachlich falsch, machte Wagner am 11. November 2025 deutlich. „Fakt ist: Im nächsten Jahr ist mit deutlich steigenden Beiträgen auch in der privaten Krankenversicherung (PKV) zu rechnen. Die eigentlichen Probleme treffen die gesetzliche

Krankenversicherung (GKV) und PKV gleichermaßen: stark steigende Arzneimittelpreise, teilweise organisierter Leistungsmissbrauch im Bereich der Verhinderungspflege oder auch die Überversorgung im Bereich der bildgebenden Medizin.“

Eine grundlegende Reform der Pflege sei notwendig, aufgrund der Fragilität des Systems

gehe dabei jedoch Gründlichkeit vor Schnelligkeit. „Sonst ist die flächendeckende ambulante und stationäre Versorgung besonders in ländlichen Regionen in Gefahr. Wenn die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Zukunft der Pflege vorliegen, bringen wir uns gerne in einen konstruktiven Dialog ein. Populistische Schnellschüsse lehnen wir aber entschieden ab.“

Thomas Röwekamp, Vorsitzender Verteidigungsausschuss des Bundestages

# Der Bedarf wird deutlich steigen

**H**err Röwekamp, aufgrund der fundamental veränderten Bedrohungslage wird unter anderem über die Wiedereinführung der Wehrpflicht diskutiert. Für Fragebögen, Einladungen und Musterungen werden starke zivile Verwaltungsstrukturen gebraucht. Welche Kapazitäten müssen dafür aufgebaut werden und wie stellen Sie sicher, dass dafür keine militärischen Dienstposten zweckentfremdet werden?

Die europäische Sicherheitsarchitektur hat sich durch russische Aggressionen, hybride Angriffe und gezielte Destabilisierung deutlich verschärft. Vor diesem Hintergrund ist es mehr denn je erforderlich, dass Deutschland seine Verteidigungsfähigkeit stärkt – nicht nur militärisch, sondern auch gesamtgesellschaftlich und administrativ. Wenn wir über eine mögliche Wiedereinführung der Dienstpflicht oder ein verpflichtendes Dienstjahr nachdenken, so gehört zu dieser Überlegung zwingend eine leistungsfähige zivile Verwaltungsstruktur: Fragebögen zur Erfassung, Einladungen zur Musterung, organisatorische Abläufe – dafür benötigen wir ein bundesweites, digital gestütztes Verfahren und regionale Kapazitäten, die heute nicht mehr existieren. Wir müssen daher Verwaltungsstandorte wieder aufbauen und gleichzeitig Prozesse modernisieren, damit ein Einsatz von militärischem Personal gar nicht erst in Betracht kommt. All das bedarf eines verlässlichen Rückgrats im zivilen Bereich.

Zivile Verwaltungsaufgaben dürfen nicht zulasten der Einsatzbereitschaft unserer Soldatinnen und Soldaten gehen. Die Truppe muss sich auf ihre Kernaufgaben Landes- und Bündnisverteidigung konzentrieren. Die Bundesregierung muss eigenständige zivil-administrative Kapazitäten aufbauen oder reaktivieren – über bestehende Behörden oder neue Verwaltungsstellen – und dabei keine militärischen Dienstposten zweckentfremden. Die enge parlamentarische Begleitung durch den Verteidigungsausschuss wird hier eine zentrale Rolle spielen.



Thomas Röwekamp (CDU/CSU)

**Zivile Verwaltungsaufgaben dürfen nicht zulasten der Einsatzbereitschaft unserer Soldatinnen und Soldaten gehen.**

Von den Verwaltungs- und Technikjobs bei der Bundeswehr sind derzeit nur 80 bis 90 Prozent besetzt, zudem scheiden in den nächsten zehn Jahren rund 20 000 Beschäftigte aus dem Dienst aus. Wie viele Zivilbeschäftigte werden gebraucht und mit welchen Maßnahmen können Abgänge zeit- und qualifikationsgerecht ersetzt werden?

Der Personalbestand im zivilen Bereich der Bundeswehrverwaltung ist ein kritischer Faktor: Verwaltung, Technik, Beschaffung – ohne ausreichendes Fachpersonal können wir weder die Modernisierung noch den Ausbau leisten, den die Sicherheitslage erfordert. Die entsprechenden Planungen muss das Bundesministerium der Verteidigung jetzt erstellen. Aber unstrittig ist: Der Bedarf wird deutlich steigen. Deshalb muss es zwingend einen qualitativen und quantitativen Ausbau geben: mehr zivile Stellen, attraktive Einstiegs- und Karrierechancen, gezielte Qualifizierung.

Dafür gibt es drei entscheidende Bausteine: erstens schnellere Einstellungsverfahren und bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst im Verteidigungsbereich. Zweitens Förderprogramme für duale Studiengänge, IT-Fachkräfte, Technikexpertise, damit Abgänge nicht unersetzbar bleiben. Drittens frühzeitige Nachfolgeplanung – sowohl auf Leitungsebene als auch bei Fachkräften. Sicherheitspolitik erfordert eben auch die Sicherstellung der Verwaltungskräfte.

Mit zusätzlichen Soldatinnen und Soldaten sowie mehr NATO-Transit – Stichwort „Drehscheibe Deutschland“ – wächst auch die Arbeit für Zivilbeschäftigte in den Bereichen Infrastruktur, Logistik und Steuerung. Wie viele zusätzliche Vollzeitstellen im zivilen Bereich sind dort bis 2028 nötig? Wie sieht es mit der Finanzierung und der regionalen Verteilung aus?

Deutschland wird in Zukunft noch stärker als zentrale logistische Drehscheibe innerhalb Europas gefordert sein und übernimmt in dieser Rolle eine erhebliche Verantwortung. Wenn wir mehr Soldaten haben, mehr Material bewegen und mehr Bündnislogistik stemmen, dann steigt auch der Bedarf an zivilem Personal in Infrastruktur, Logistik, Steuerung. Die notwendigen Vollzeitstellen wird das Bundesverteidigungsministerium jetzt ausplanen. Aber wir haben im Ausschuss klare Erwartungen: Die Zivilstellen müssen entsprechend dem logistischen Mehrbedarf skaliert werden.

Finanzierung und regionale Verteilung sind dabei keine Nebensache. Die Mittel müssen verantwortungsvoll, das heißt sach- und bedarfsgerecht, aus dem Haushalt bereitgestellt werden. Dabei ist auch darauf zu achten, dass der Aufbau nicht nur in einzelnen Regionen erfolgt, sondern dort, wo die logistischen Knotenpunkte liegen: etwa im Norden und Osten Deutschlands, an Transitachsen und Materialdepots. Regionale Gerechtigkeit und Bündnisverantwortung dürfen sich nicht ausschließen.

Digitalisierung und KI können die Verwaltung im zivilen Bereich der Bundeswehr entlasten, doch auch diese Systeme

brauchen Menschen, die sie installieren, trainieren und überwachen. Welche Regeln und Mindestbesetzungen sind für diese Prüf- und Aufsichtsaufgaben geplant und wie werden die Beschäftigten in Zeiten des Fachkräftemangels qualifiziert?

Eine ganzheitliche Digitalisierung muss die Prozesse effizienter, aber auch agiler und sicherer machen. KI-Systeme brauchen nicht nur eine sorgfältige Einführung, sondern auch eine verantwortliche personelle Kontrolle. Dabei bestehen drei zentrale Herausforderungen: Erstens brauchen wir verbindliche Regeln dafür, wie KI bei der Bundeswehr eingesetzt wird – geprüft, nachvollziehbar, sicher. Zweitens brauchen wir Mindestbesetzungen für Prüf- und Aufsichtsaufgaben: Menschen, die die Systeme installieren, trainieren, überwachen – diese Fachkräfte müssen vorhanden sein. Drittens müssen angesichts des Fachkräftemangels entsprechende Qualifikationen gesichert werden, zum Beispiel durch Kooperation mit Hochschulen und Industrie, durch Fort- und Weiterbildung, durch gezielte Anwerbung. Technische und KI-bezogene

Kompetenzen müssen zu echten Karrierevorteilen führen. So können wir trotz Fachkräftemangels ausreichend qualifiziertes Personal binden und gewinnen.

## Deutschland wird in Zukunft noch stärker als zentrale logistische Drehscheibe innerhalb Europas gefordert sein.

Neben Personal benötigt die „Zeitenwende“ viel neues ziviles und militärisches Material. Die Finanzierung durch Sondervermögen und neue Schulden ist eine Seite der Medaille. Die andere ist die Geschwindigkeit, mit der Ausrüstung beschafft werden kann. Sind die bis 2028 gesteckten Beschaffungsziele überhaupt erreichbar?

Wir haben mit dem Sondervermögen und der Bereichsausnahme die nötige Voraussetzung geschaffen – doch das Geld allein reicht nicht. Die Zeitenwende ist nicht nur eine Frage der Finanzierung, sondern vor allem der Geschwindigkeit. Die Bundeswehr braucht moderne Ausrüstung in kurzer Zeit, und dafür muss die Beschaffung weiter beschleunigt werden. Wir haben bereits wichtige Schritte unternommen: schnellere Vergabeverfahren, mehr Standardisierung, stärkere industriepolitische Kooperationen und Rahmenverträge, die eine rasche Skalierung ermöglichen. Entscheidend ist, wie schnell wir die Verfahren effizienter, schlanker und verbindlicher gestalten. Wir brauchen weniger Bürokratie, klare Verantwortlichkeiten, europäische Kooperationsprojekte – gerade in der Beschaffung.

Auch im Beamtenbereich gilt: Fachpersonal lässt sich nur mit attraktiven Beschäftigungsbedingungen gewinnen. Werden Sie sich dafür einsetzen, die 41-Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamte des Bundes zurückzuführen?

Gute Arbeitsbedingungen schaffen wir vor allem mit flexiblen Arbeitszeitmodellen, sinkender Arbeitsbelastung durch mehr Digitalisierung, besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf und gezielten Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung. Wenn wir durch einen umfassenden Modernisierungsprozess erreichen, dass eine Anpassung der Wochenarbeitszeit finanzierbar und organisatorisch sowie personell leistbar ist, wäre eine Arbeitszeitreduzierung ein weiteres Instrument zur Attraktivitätssteigerung. ■

Zivile Berufe bei Bundeswehr und Wehrverwaltung

# Karriere mit Sicherheit für Deutschland

Im zivilen Bereich der Bundeswehr arbeiten derzeit rund 81 000 Menschen. Überwiegend sind das Angestellte sowie Beamtinnen und Beamte, die vielfältige Aufgaben in Bereichen wie Verwaltung, Technik, Wissenschaft und Infrastruktur übernehmen. Bei der Bundeswehr kann man also auch Karriere machen, ohne Soldat zu werden.



© Bundeswehr/Jonas Weber

**R**und 40 000 der zivilen Beschäftigten der Bundeswehr arbeiten in der Bundeswehrverwaltung. Zum Beispiel als Anlagenmechanikerinnen, Elektroniker, Metallbauerinnen, Gärtner, Kaufleute für Büromanagement oder als Verwaltungsfachangestellte. Rund 30 000 Mitarbeitende sind direkt bei den Streitkräften, in der Rechtspflege und der Militärseelsorge tätig. Etwa 10 000 zivile Beschäftigte arbeiten in der Wehrtechnik und kümmern sich um die Entwicklung, Erprobung und Beschaffung von Wehrmaterial – von Kampfpanzern bis hin zur persönlichen Ausrüstung für die Soldatinnen und Soldaten.

Bundesweit bietet der zivile Bereich der Bundeswehr rund 50 Berufe in 430 Ausbildungseinrichtungen, von der klassischen Berufsausbildung bis zum dualen Studium. Bei den Ausbildungsberufen ist die Bundeswehr seit den 1960er-Jahren aktiv und bildet unter anderem in ihren bundesweit 27 Ausbildungswerkstätten industrielle und handwerkliche Fachkräfte aus. Die Ausbildungseinrichtungen folgen den Vorgaben des Berufsbildungsgesetzes und garantieren eine staatlich anerkannte Berufsausbildung, die jeweils mit einer Abschlussprüfung vor einer Industrie- und Handelskammer oder Handwerkskammer endet. In den technischen Bereichen sind das zum Beispiel Anlagenmechaniker/in, Elektroniker/in und Fachinformatiker/in. Weiterhin gibt es Ausbildungen im Kfz- und Fluggerätebereich sowie in der IT. Pro Jahr starten rund 1 400 junge Menschen ihre Karriere in der zivilen dualen Berufsausbildung in der Bundeswehr.

Wer sich für eine Beamtenlaufbahn interessiert, findet bei der Bundeswehr ebenfalls gute Karrierechancen. Beamtinnen oder Beamte im mittleren Dienst arbeiten in technischen Bereichen oder in der Verwaltung, etwa als Elektromeisterin oder -meister, Kfz-Werkstattleiterin oder -leiter, technische Zeichnerin oder Zeichner. Zu den Jobs in der Verwaltung zählen unter anderem das Rechnungswesen und Büroleitungen. Für die Ausbildung im mittleren Dienst ist die Mittlere Reife oder ein Hauptschulabschluss mit abgeschlossener Berufsausbildung erforderlich. Der zweijährige Vorbereitungsdienst beinhaltet unter anderem ein neunmonatiges Praktikum in einer Bundesbehörde und die

Fremdsprachenausbildung Englisch. Wer direkt einsteigen möchte, braucht neben der für die jeweilige Laufbahn gesuchten Berufsausbildung oder Weiterbildung eine vergleichbare Berufserfahrung von mindestens eineinhalb Jahren.

Beamtinnen und Beamte im gehobenen Dienst übernehmen Führungsverantwortung und die Facharbeit in technischen und nichttechnischen Bereichen der Bundeswehrverwaltung. Dazu zählen die Bereichs- und Teamleitung sowie die Sachbearbeitung im kaufmännischen Gebäudemanagement oder in der Karriereberatung. Im technischen Dienst können Interessierte beispielsweise als Flugversuchingenieure oder als Erprobungsingenieure Karriere machen. Wer die (Fach-)Hochschulreife oder eine vergleichbare berufliche Qualifikation mitbringt, kann mit verschiedenen technischen und nichttechnischen dualen Studiengängen starten, die mit dem Bachelorabschluss der Laufbahnbefähigung für den gehobenen Dienst enden. Auch hier bietet die Bundeswehr in vielen Fällen die Möglichkeit des Direkteinstiegs an. Notwendig dafür sind der für die jeweilige Laufbahn gesuchte akademische Bachelor- oder Masterabschluss und eine vergleichbare berufliche Tätigkeit von mindestens eineinhalb Jahren. Wer bereits einen akademischen Bachelor- oder Masterabschluss besitzt, kann im gehobenen technischen Dienst auch ein Traineeprogramm ohne berufliche Vorerfahrung absolvieren.

Beamtinnen und Beamte im höheren Dienst arbeiten auf der Managementebene. Als Führungskräfte besitzen sie bereits einen Masterabschluss oder die 1. und 2. juristische Staatsprüfung. In vielen Fällen wird eine vergleichbare berufliche Tätigkeit von mindestens zweieinhalb Jahren vorausgesetzt. Die Aufgaben im höheren Dienst sind besonders vielfältig: Je nach akademischer Ausrichtung erstrecken sie sich von technischen Ingenieursberufen über Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Psychologie und Meteorologie bis zu weiteren akademischen Fachbereichen. Auch hier können Quereinsteiger mit akademischem Masterabschluss in einem wehrtechnischen Fachgebiet wie Elektrotechnik oder Schiffsmaschinenbau ein Traineeprogramm im höheren technischen Dienst absolvieren. ■

Nachgefragt bei BAAINBw-Präsidentin Annette Lehnigk-Emden

## „Es kommt auf uns an, damit die Truppe schnell verteidigungsfähig wird“

Bis spätestens 2029 soll die Bundeswehr für die Landes- und Bündnisverteidigung voll ausgestattet sein. Am Geld mangelt es nicht, problematisch sind Lieferzeiten und bürokratische Vorgaben. Wie kann das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr den Wettlauf gegen die Zeit gewinnen?

Wir haben als Beschaffungsamt bewiesen, dass wir schnell und flexibel auf die Forderungen der Zeitenwende reagieren können. Das wurde auch durch eine Untersuchung der Universität der Bundeswehr aufgezeigt, die über 40 000 Verfahren im Zeitraum von Januar 2018 bis Dezember 2024 ausgewertet hat. Danach hat sich die Dauer der Beschaffung der Bundeswehr in diesem Zeitraum um über 30 Prozent verkürzt. Allein im Jahr 2024 erzielten wir in der Beschaffung für die Bundeswehr erneut sehr gute und messbare Ergebnisse. In der letzten Legislaturperiode haben wir gut 180 sogenannte 25-Millionen-Euro-Vorlagen erfolgreich durch das Parlament gebracht und in Verträge mit einem Gesamtvolumen von knapp 150 Milliarden Euro umgesetzt.

Aus dem Sondervermögen konnten wir im Jahr 2024 bereits erste Waffensysteme in die Bundeswehr einführen. Noch in diesem Jahr werden wir weitere Waffensysteme aus unseren Beschaffungen übernehmen können. Auch in diesem Jahr und 2026 werden wir das Tempo aufrechterhalten. Nicht zu vergessen ist auch, dass die gesamte Phase der Nutzung durch das BAAINBw sichergestellt wird. Wir betreuen also rund 2 200 Projekte über den gesamten Lebenszyklus in der Bundeswehr. Die Mitarbeitenden des BAAINBw beschaffen also nicht nur, sondern stellen auch sicher, dass gekaufte Systeme über Jahrzehnte in der Truppe sicher betrieben werden können.

Die Zeitenwende musste aber auch in unseren Köpfen stattfinden, ein Kulturwandel in unserem Denken und Handeln. Hier im Amt hat jeder verstanden: Es kommt auf uns an, damit die Truppe schnell verteidigungsfähig wird. Die Mitarbeitenden sollten entscheidungsfreudiger und mutiger werden und offen für Neues sein – da haben sie meine volle Rückendeckung. Für mich war und ist wichtig, dass die Mitarbeitenden das richtige Mindset haben. Nur so können wir den notwendigen Wandel weiter vorantreiben und noch schneller werden. Und dass das bisher schon ganz gut funktioniert, das zeigen auch die Zahlen.



Annette Lehnigk-Emden, Präsidentin des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw)

Wo rechtlich möglich, öffnen und vereinfachen wir Prozesse und bauen bürokratische Hürden ab. Wir haben intern beispielsweise gut 80 von rund 160 Verfahrensregeln „über Bord geworfen“. Zeit ist nun der handlungsleitende Faktor. Wo möglich, kaufen wir marktverfügbar. Außerdem nutzen wir verstärkt Rahmenverträge für schnellere Abufe oder funktionale Leistungsbeschreibungen für mehr Flexibilität auf beiden Seiten. Auch mithilfe des Bundeswehrbeschaffungsgesetzes (BwBBG) konnten wir Beschaffungszeiten deutlich verkürzen. Das neue Gesetz zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr (BwPBGG) soll weitere Vereinfachungen bringen, indem wir zum Beispiel in vielen Fällen auf Ausschreibungen ganz verzichten können – es ist eine konsequente Fortentwicklung. Letztlich kommt es aber darauf an, wie es implementiert und in konkrete Beschaffungen und schließlich Lieferungen umgesetzt wird. Dazu gehört auch und vor allem eine leistungsfähige Rüstungsindustrie, die in der Lage sein muss, ihre Kapazitäten massiv auszuweiten.

Wir müssen unsere Bundeswehr bis 2029 für die Landes- und Bündnisverteidigung ausstatten. Die Produktionskapazitäten der Industrie sind aber noch nicht so hochgefahren, dass wir alles benötigte Gerät bis zu diesem kritischen Datum geliefert bekommen. Bisher haben die Unternehmen Manufaktur gemacht; wir brauchen jetzt aber den raschen Umstieg auf Serienproduktion. Das ist bei den Rüstungsfirmen angekommen und wir begleiten sie auf diesem Weg. Wir sind in einem engen Austausch und große Produzenten können in Erwartung unserer Aufträge bereits Rohstoffe oder andere Materialien vorbestellen.

Unser Anspruch ist es, dass unsere Soldatinnen und Soldaten bestmöglich ausgerüstet sind und ihren Auftrag sicher erfüllen können. Dass wir das können, haben wir bereits deutlich gezeigt – und alle Mitarbeitenden im Amt sind bereit, diesen Schwung auch in die nächsten Jahre mitzunehmen. ■

# Zivile Grundlagen militärischer Stärke

Die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands muss sich grundlegend verbessern, die Personalstärke der Bundeswehr wachsen. Für die Rekrutierung zuständig ist das Bundesamt für das Personalmanagement.

Die Bundeswehr ist nur so stark wie die Menschen, die in ihr dienen. Ohne Personal lassen sich keine Flugzeuge fliegen, keine Panzer fahren und natürlich auch keine Schiffe steuern. Gleiches gilt für das Zivilpersonal der Bundeswehr, aktuell zum Beispiel mit Blick auf die Etablierung des Neuen Wehrdienstes. „Unsere Aufgabe als Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr ist es nun, genau diese Menschen zu finden, zu qualifizieren und ihre Karrieren zu begleiten“, erläutert Thomas Uhle, Vizepräsident und Ständiger Vertreter des Präsidenten des Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw) die Kernaufgabe seiner Behörde. Die verantwortet das Personalmanagement aus einer Hand – sowohl für Soldatinnen und Soldaten als auch für Zivilbeschäftigte. „Unsere Beschäftigten begleiten wir von Beginn an, über ihre gesamte Dienstzeit und auch darüber hinaus“, betont Uhle. Dabei sei es sinnvoll, wenn militärisches Personal als Ansprechpartner auch Soldatinnen und Soldaten hat.

Die Bundesoberbehörde mit Sitz in Köln ist Teil der Bundeswehrverwaltung. Das Grundgesetz trennt bewusst Streitkräfte und Wehrverwaltung. Entscheidender Vorteil: „Wir kümmern uns um die komplexen Verwaltungsaufgaben, damit die Streitkräfte sich auf ihren Kernauftrag – die Landes- und Bündnisverteidigung – konzentrieren können. Diese zivile Unterstützung ist das Fundament für die militärische Stärke“, so Uhle. Der militärische Aufwuchs ruht also auf zivilen Schultern. Weil sowohl Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte als auch Soldatinnen und Soldaten ihre jeweiligen Erfahrungen einbringen und Hand in Hand arbeiten, sei sichergestellt, dass administrative Abläufe und militärische Bedürfnisse nahtlos ineinandergreifen.

## Die zivilen Schultern des Militärs

Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen, wie der Russland-Ukraine-Krieg, wirken sich natürlich auch auf das Personalmanagement der Bundeswehr aus. „Die Ergebnisse des NATO-



Der Jurist Thomas Uhle (\*1966) begann seine Laufbahn in der Personalverwaltung der Bundeswehr 1996 als Dezernent in der Wehrbereichsverwaltung. Seit 2024 ist er Vizepräsident und Ständiger Vertreter des Präsidenten des Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr.

Gipfels Ende Juni 2025 in Den Haag zeigen, dass wir über nicht weniger als eine Verdopplung unseres Personalkörpers sprechen – also von Aktiven und Reservisten auf insgesamt 460 000 Soldatinnen und Soldaten. Deshalb setzen wir unsere Anstrengungen im Bereich der Personalgewinnung und -bindung weiter fort, bieten Interessierten vielfältige, attraktive Karriereoptionen und fördern zugleich die Potenziale unserer Soldatinnen und Soldaten sowie unserer Zivilbeschäftigten“, unterstreicht der stellvertretende Behördenleiter.

Mit dem Neuen Wehrdienst müssen nun Strukturen, die

nach dem Aussetzen der Wehrpflicht über Jahre zurückgebaut wurden, grundlegend neu skaliert werden. „Wir bereiten uns darauf vor, wieder ganze Jahrgänge von jungen Männern zu mustern. Dabei können wir nicht einfach auf vergangene Strukturen zurückgreifen, sondern müssen unsere Karrierecenter ausbauen und zugleich spezialisierte Musterungszentren aufstellen“, erläutert Uhle. Eine gewaltige Herausforderung, die innerhalb kürzester Zeit – nach aktueller Planung in etwa 18 Monaten – erfolgen muss. Bereits jetzt werden die Voraussetzungen geschaffen, um den Ausbau der notwendigen Infrastruktur zu beschleunigen und das zusätzlich erforderliche Zivilpersonal einzustellen.

Zugleich muss das Bundesamt weitere Schlüsselprojekte im Sinne der Landes- und Bündnisverteidigung vorantreiben: So gilt es etwa, die neue Panzerbrigade in Litauen zu besetzen, den Aufbau der Heimatschutzdivisionen zu unterstützen und die Wiederaufstellung der Heeresflugabwehrtruppe personell zu realisieren. „Wir stehen vor einem Aufwuchs, der in seiner Dimension mit der Gründungsphase der Bundeswehr vor 70 Jahren vergleichbar ist. Das können wir nur gemeinsam schaffen und müssen an vielen Stellschrauben gleichzeitig drehen“, umreißt Uhle zunächst die aktuelle Aufgabe des Bundesamtes. Damit die Bundeswehr in den kommenden Jahren um mindestens 80 000 aktive Soldatinnen und Soldaten und auf 200 000 Reservistinnen und Reservisten wachsen kann, werden nicht nur eine auskömmliche Finan-

zierung, sondern auch Infrastruktur, Verpflegung, Ausrüstung und Ausbildungskapazitäten gebraucht.

Es ist bereits vieles auf den Weg gebracht worden. Neben dem Entwurf des Wehrdienst-Modernisierungsgesetzes, das zum 1. Januar 2026 in Kraft treten soll, ist etwa ein Infrastrukturbeschleunigungsgesetz in Erarbeitung und wurde mit dem jüngsten Liegenschaftsmoratorium die Abgabe militärischer Liegenschaften beendet.

## In die Mitte der Gesellschaft

Doch mit welchen Maßnahmen und über welche Kanäle werden die benötigten Zehntausenden von Freiwilligen und die Hunderttausenden von Reservisten (wieder)gewonnen? Die Bundeswehr habe, so Uhle, in den vergangenen zwei Jahren gezeigt, dass sie im Wettbewerb um engagierte und qualifizierte Menschen erfolgreich auf dem zunehmend angespannten Arbeitsmarkt bestehen kann. Die Zahl der Einplanungen sei im vergangenen Jahr deutlich gesteigert worden. In diesem Jahr sei ein Plus von rund 24 Prozent auf über 25 000 Einplanungen verzeichnet worden. „Wir erreichen die Menschen mit einem modernen, zielgruppenorientierten Auftritt – über klassische Werbung, auf Veranstaltungen oder durch digitale Formate. Wir werden unsere Personalgewinnungsmaßnahmen und unsere Bewerbungsprozesse weiter optimieren, um den Interessierten den Einstieg in die Bundeswehr so einfach wie möglich zu gestalten“, sagt Uhle. Mit Einführung des Neuen Wehrdienstes und der Beantwortung des geplanten Fragebogens werden sich die angesprochenen jungen Menschen eingehend mit einem Dienst in den Streitkräften beschäftigen und dies auch in ihrem Umfeld diskutieren. „Damit rückt die Bundeswehr zugleich stärker in die Mitte der Gesellschaft. Das ist nicht nur wünschenswert, sondern aufgrund der gegenwärtigen geopolitischen Lage zwingend notwendig“, ist Uhle überzeugt.

Und die Mehrheit der benötigten Reservistinnen und Reservisten werde durch die am 1. Oktober 2021 eingeführte Grundbeordnung gewonnen: Jede Soldatin und jeder Soldat wird nach seiner aktiven Dienstzeit in die Reserve aufgenommen, sofern er das 57. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und wehrdienstfähig ist. Hierüber konnten mit Stand 13. November 2025 bereits rund 26 000 Reservistinnen und Reservisten beordert werden. Mit dem Neuen Wehrdienst werden weitere Potenziale ausgeschöpft und Menschen für die Reserve gewonnen.

## Neue Musterungszentren

Bereits seit geraumer Zeit wird im BAPersBw unter Hochdruck daran gearbeitet, die Einführung des Neuen Wehrdienstes vorzubereiten und alle Maßnahmen zu treffen, die bereits

ohne die gesetzliche Grundlage möglich sind. So werden Kapazitäten aufgebaut, um perspektivisch einen vollständigen Jahrgang an jungen Männern mustern zu können, ein Netz neuer Musterungszentren geplant und die Einstellung des hierfür zusätzlich benötigten Zivilpersonals vorbereitet. „Unsere Karrierecenter und dann auch die Musterungszentren werden für viele junge Menschen der erste persönliche Kontakt mit den Streitkräften sein – und quasi eine Visitenkarte der Bundeswehr“, unterstreicht Uhle. „Derzeit werden geeignete Flächen identifiziert und wir überlegen bereits, wie die Musterungszentren zum Beispiel mit medizinischem Gerät und IT-Technik ausgestattet werden können.“

Welche Haupthemmnisse sehen Sie, welche Voraussetzungen müssen bis 2029 erfüllt sein und worauf stützen Sie Ihre Zuversicht, dass die Ziele erreicht werden? Bereits seit gut einem Jahr steigen Uhle zufolge die Bewerbungs- und Einstellungszahlen. „Aktuell verzeichnen wir das einstellungsstärkste Jahr seit Aussetzung der Wehrpflicht mit rund 25 Prozent mehr Einstellungen für militärische Verwendungen als noch im vergangenen Jahr“, sagt er. Und auch der Rückhalt in der Gesellschaft sei größer als oft vermutet werde. Studien zeigen: Die Mehrheit der jungen Männer sowie viele Frauen sind bereit, sich für die Sicherheit und Verteidigung Deutschlands zu engagieren. „Das ist ein enormes Potenzial, das wir nutzen wollen.“

Und: „Der personelle Aufwuchs stellt ohne Frage einen großen Kraftakt dar, den wir im Schulterschluss mit allen Bereichen der Bundeswehr angehen und stemmen werden“, davon ist Uhle überzeugt. „Im Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr arbeiten jeden Tag hoch motivierte Frauen und Männer daran, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um die künftigen Soldatinnen und Soldaten sowie Zivilbeschäftigte bestmöglich in die Bundeswehr aufzunehmen.“

ada



Ein Spähtruppführer vom Aufklärungsbataillon 13 erkundet im September 2025 mit einer Drohne das umliegende Gelände während der Übung Grand Eagle II 2025 im Rahmen der Übungsserie Quadriga 2025 in Moletai/Litauen.

# Deutschland braucht dich!

In der Diskussion um die Steigerung der Verteidigungsfähigkeit des Landes stehen zahlreiche Vorschläge im Raum: Freiwilligenarmee, Rückkehr zur Wehrpflicht oder ein soziales Jahr für alle. Das dbb-Seniorenmagazin *Aktiv im Ruhestand* und die Jugend-Website *staatklar.org* haben gemeinsam bei Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der Bundesjugendleitung, und Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung, nachgefragt.

## Um das gleich zu Beginn zu fragen: Haben Sie gedient oder ein Freiwilliges Soziales Jahr absolviert?

*Horst Günther Klitzing:* Ja, 18 Monate Bundeswehr mit freiwilliger Verpflichtung auf zwei Jahre. Mein letzter Dienstgrad war Leutnant der Reserve.

*Matthäus Fandrejewski:* Nein, das habe ich nicht. Ich habe nach der Schule erst eine Berufsausbildung gemacht. Im Anschluss, 2011, musste ich zur Musterung – als einer der Letzten, die überhaupt gemustert wurden. Wenige Wochen später hat der Bundestag die Wehrpflicht ausgesetzt. Deshalb musste ich nicht zum Bund und auch keinen Zivildienst leisten.

## Welche Erinnerungen verbinden sich für Sie mit dieser Zeit?

*Klitzing:* Gemischte – interessante Begegnungen mit Personen, mit für einen Abiturienten fremden beruflichen und persönlichen Erfahrungen; das war hilfreich bei meiner Entscheidung über die Studienwahl. Auf der anderen Seite viel zeitliche „Gammelei“ im Normaldienst jenseits der Lehrgänge.

*Fandrejewski:* In meinem Umfeld gab es viele, die sich nach der Schule zivilgesellschaftlich im In- und Ausland engagiert haben, im Rahmen des Zivildienstes, eines Freiwilligen Sozialen Jahres oder des Work-and-Travel-Programms. Meine Wahrnehmung ist: All das erweitert den eigenen Horizont und ist auch für die Gesellschaft von großer Bedeutung.

## Die personelle Aufstockung der Bundeswehr soll über Freiwillige erfolgen. Erst wenn sich so nicht genügend von ihnen finden, würde die Wehrpflicht wiedereingeführt. Freiwilligkeit hier, der Bedarf, mit dem die Verteidigung steht und fällt, dort – wie denken Sie über diesen Zielkonflikt?

*Klitzing:* Die Überlegung der „Freiwilligkeit“ entspringt dem Unwillen zu einer politischen Entscheidung gegen den Zeitgeist. Naturgemäß würde die bei Betroffenen immer auch auf Ablehnung stoßen. Zudem scheint die Presse mehrheitlich gegen eine neue Wehrpflicht zu sein. Deren Vertreter stammen aus einer Zeit bequemen Wohlstands und des Widerstands gegen die Atomkraft, die Stationierung von amerikanischen Raketen in Deutschland und die Ausbildung an Waffen zu Verteidigungszwecken.

*Fandrejewski:* Den Zielkonflikt sehe ich auch. Natürlich erfordert die sicherheitspolitische Lage, dass wir ausreichend Soldatinnen



Horst Günther Klitzing

und Soldaten haben. Andererseits hat das Grundgesetz vorgesehen, dass niemand zum Dienst an der Waffe gezwungen werden kann. Niemand soll, das steht für mich an oberster Stelle, gegen seinen Willen zur Bundeswehr müssen. Deshalb habe ich auch den Vorschlag mit dem Losverfahren, der anscheinend aber vom Tisch ist, sehr kritisch gesehen.

## Früher war ein Wehrdienst für Frauen nicht vorgesehen, weil die ja die Kinder bekamen. Ist dieses Argument veraltet?

*Klitzing:* Grundsätzlich nicht, aber nach der Zulassung der Einstellung von Frauen in die Bundeswehr kann es nicht mehr als zeitgemäß angesehen werden.



Matthias Fandrejewski

*Fandrejewski:* Natürlich sind Frauen heute deutlich gleichberechtigter als damals. Dennoch sind Frauen, die Kinder bekommen, weiterhin im Berufsleben und bei der Rente benachteiligt. Die Politik müsste bei der Wehrpflicht für Frauen also entsprechend nachsteuern, damit sich diese Ungleichheiten nicht weiter verstärken.

#### **Ist die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht vielleicht die bessere Alternative zur Wiedereinführung der Wehrpflicht?**

*Klitzing:* Nein, nicht aus meiner Sicht, denn das löst das Problem der notwendigen Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit nicht. Man sollte politisch parallel vorgehen: Wehrpflicht ja, aber wenn die aus individuellen Gründen nicht möglich ist, dann allgemeiner sozialer Dienst in angemessenem Umfang.

*Fandrejewski:* Mit einem Wehrdienst muss aus meiner Sicht die Freiwilligkeit einhergehen. Wichtig ist mir auch zu betonen, dass die oft als „faul“ verschrienen jungen Menschen, insbesondere die der Gen Z, nicht zu einem Gesellschaftsjahr verpflichtet werden müssen. Bereits heute engagieren sich sehr viele Junge ehrenamtlich: in Vereinen, in der Politik oder in Gewerkschaften – und das mit großem Einsatz und viel Leidenschaft.

**Sollte es aus Gründen der Generationengerechtigkeit nicht auch eine Dienstpflicht für die Alten geben? Die Jungen von heute würden in einigen Jahrzehnten ja ebenfalls ein zweites Mal herangezogen.**

*Klitzing:* Dieser Vorschlag soll meines Erachtens nur von einer notwendigen, aber kontrovers diskutierten Entscheidung ablenken.

*Fandrejewski:* Wir sollten uns von der Vorstellung lösen, dass zivilgesellschaftliches Engagement an ein bestimmtes Alter gekoppelt ist. Jung und Alt engagieren sich bereits umfassend. Es ergibt keinen Sinn, die Altersgruppen gegeneinander auszuspielen. Und im Kern geht es doch darum, dass die Bundeswehr zu wenige Leute hat und um die Jungen wirbt. Da geht es auch um die Frage, was für diejenigen gelten soll, die den Kriegsdienst verweigern. Es wäre unfair, wenn die einen „zum Bund“ gehen und die anderen nichts machen – deshalb diskutieren wir über die allgemeine Dienstpflicht.

#### **Welche Bildungs- und Karrierevorteile könnten die Attraktivität einer Dienstpflicht erhöhen?**

*Klitzing:* Nur bei Wehrpflicht: Ausbildungsabschlussangebote bis hin zur Möglichkeit eines Studiums bei der Bundeswehr bei entsprechend langfristiger Verpflichtung. Bei einer Dienstpflicht sollte der Einsatz im Gemeinwesen einer Demokratie eine Selbstverständlichkeit sein.

*Fandrejewski:* Die Idee einer allgemeinen Dienstpflicht bietet den Vorteil, dass sie nicht nur auf militärischen Dienst ausgerichtet ist, sondern auch soziale, gesundheitliche, politische oder kulturelle Bereiche umfassen kann.

#### **Kann ein solcher Dienst junge Menschen langfristig für soziale und handwerkliche Berufe gewinnen?**

*Klitzing:* Das ist denkbar und möglich, aber sicher nicht planbar.

*Fandrejewski:* Da muss ich aus gewerkschaftlicher Sicht klarstellen: Zweck eines verpflichtenden Dienstjahres soll nicht primär sein, den Fachkräftemangel zu kompensieren! Wenn sich für den einen oder anderen herausstellt, dass eine Tätigkeit den eigenen Berufswünschen entspricht, dann ist das natürlich kein Problem, ganz im Gegenteil.

#### **Welche Vor- und Nachteile können mit einem sozialen Pflichtjahr einhergehen?**

*Klitzing:* Die Vorteile sehe ich im Kennenlernen von Schwierigkeiten jener Menschen, die auf gesellschaftliche Hilfe angewiesen sind, aber nicht so im Medienfokus stehen oder im Median gesellschaftlichen Lebens. Ein Nachteil wäre die möglicherweise entstehende Konkurrenz zwischen (kostenfreien) Dienstleistenden und regulär Beschäftigten. Wenn die aus Jobs verdrängt würden, fände ich das als Gewerkschafter fatal.

*Fandrejewski:* Junge Menschen leben in einer Realität, in der sie mit unendlich vielen Möglichkeiten konfrontiert sind. Die Horizonterweiterung, die ein Pflichtjahr mit sich bringen würde, ist ein großes Plus. Es darf aber kein Nachteil für das spätere Leben entstehen, etwa weil es weniger Rente gibt.

**Die Fragen stellten Christoph Dierking und Anke Adamik.** ■

# Für die Sicherheit der Bundesrepublik sorgen



Maximilian Wergen ist ausgebildeter Ingenieur für Wehrtechnik und kümmert sich um die Ausstattung der Bundeswehr. Während seines Studiums war er bei spektakulären Tests dabei.

© Privat

**D**ie Sensoren erfassen den Druck und die Temperatur, Kameras filmen: Alles wird penibel protokolliert. Wenn es die Situation erfordert, beobachten die Ingenieurinnen und Ingenieure den Verlauf aus größerer Entfernung. Manchmal von einem Prüfstand aus, manchmal aus einem Bunker heraus. Es gelten strenge Sicherheitsvorschriften. Denn bei den Versuchsobjekten, die auf dem Gelände getestet werden, handelt es sich überwiegend um Waffensysteme und militärische Ausstattung der Bundeswehr. Dazu zählen unter anderem Waffensysteme, Munition, Luftfahrzeugantriebe, Panzer- und Schiffsmotoren sowie Stromaggregate.

Dass er seine Bachelorarbeit bei einer Erprobungsdienststelle schreiben kann, damit hatte Maximilian Wergen nicht gerechnet. „Die Technik hat mich schon immer fasziniert“, erzählt der 30-Jährige, der heute beim Beschaffungsamt der Bundeswehr in Koblenz seinen Dienst verrichtet. Er hat die Aufgabe, die Ausstattung zu organisieren, welche die Truppe zur Erfüllung ihres Auftrags benötigt. Verwaltung, Logistik, Einkauf, Ingenieurwesen, Handwerk – insgesamt gibt es bei der Bundeswehr mehr als 80 000 Zivilbeschäftigte, die ganz verschiedene Berufe ausüben. Ohne sie würden die Soldatinnen und Soldaten ihren Dienst nicht ausführen können, weder im Inland noch im Ausland.

## Demokratie verteidigen

Waffen, Krieg, Militär – diese Themen polarisieren. Laut Grundgesetz darf niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst an

der Waffe gezwungen werden. Deshalb gibt es als Gegenstück zur aktuell ausgesetzten Wehrpflicht das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Für Maximilian stehen Demokratie und Menschenrechte über allem. „Das Ideal ist natürlich, dass es keine bewaffneten Konflikte gibt“, sagt er. „Aber leider ist das in der Realität nicht der Fall. Wir müssen in der Lage sein, die Demokratie und die Menschenrechte zu verteidigen. Wenn es sein muss, leider auch mit Waffen, wenn alle diplomatischen Unternehmungen scheitern. Nicht alle Menschenrechtsfeinde sind bereit, sich an den Verhandlungstisch zu setzen.“

Doch die Diplomatie sollte stets der erste Schritt sein, betont der Ingenieur. Einen Beitrag für die Sicherheit der Bundesrepublik in unruhigen weltpolitischen Zeiten zu leisten, insbesondere darin liege seine Motivation für den Job. Hinzu kommt die Begeisterung für komplexe Technik. In der Schule sind Mathematik und Naturwissenschaften Maximilians Lieblingsfächer. Im 11. Jahrgang nimmt er an sogenannten Studienorientierungswochen teil und schnuppert für zwei Wochen an der Technischen Hochschule in Köln ins Maschinenbaustudium. „Ich wusste sofort, dass es das ist“, erinnert sich der gebürtige Rheinländer. Die Wahl fällt auf die Bundeswehr – zum einen, weil er sich mit ihr identifizieren kann. Zum anderen, weil ihn die Bedingungen ansprechen: „Man verdient bereits während des Studiums gutes Geld und hat im Anschluss einen sicheren Arbeitsplatz.“ Das Ingenieurstudium der Wehrtechnik absolviert Maximilian an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Mannheim, mit der die Bundeswehr kooperiert.

## Kliniken und Sanatorien




**SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING**  
KLINIK FÜR PSYCHOLOGISCHE MEDIZIN

### Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundheit engagiert unterstützen. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.

**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen und Beihilfe

**Info-Telefon 02861/80000**

Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken (Münsterland)  
[www.schlossklinik.de](http://www.schlossklinik.de)




### Natürlich aktiv erholen in Hopfen am See

- ✓ Prävention & Rehabilitation
- ✓ Orthopädie & Physiotherapie
- ✓ Hallenbad, Kneippen & Kuren
- ✓ Natur-Lage, Bio-Küche & Saunen

 **Eggensberger THERAPIE ZENTRUM** *Es bewegt sich was ...*

ärztlich geleitet und voll beihilfefähig §107/2 + §111 SBG V  
87629 Füssen /Allgäu · Tel. 0 83 62 / 91 03 - 400  
[www.sanatorium-eggensberger.de](http://www.sanatorium-eggensberger.de)



Schmerztherapiezentrum  
Bad Mergentheim:  
**Die Schmerzklinik  
für Beamte**

**Kostenlose Beratungs-Hotline:  
0800 1983 198**

Das Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim bietet Ihnen als privates Krankenhaus optimale Behandlungsbedingungen für die Behandlung chronischer Schmerzen:

- Hohe ärztliche und therapeutische Kompetenz – seit 40 Jahren
- Erfahrung in einem weiten Spektrum von chronischen Schmerzen
- Individuelle Therapieplanung mit schulmedizinischen und naturheilkundlichen Anteilen
- Wertschätzende Beratung auf Augenhöhe
- Unterbringung in modernen Einzelzimmern
- Beihilfefähig
- Unterstützung bei allen Formalitäten

**Wir beraten Sie individuell und sind mit Herz & Kompetenz gerne für Sie da. Rufen Sie uns unter unserer kostenlosen Beratungs-Hotline an!**



**Schmerztherapiezentrum  
Bad Mergentheim**  
Fachklinik für Spezielle Schmerztherapie  
und Schmerzpsychotherapie

Schönbornstr. 10 · 97980 Bad Mergentheim  
Tel.: 07931 5493-44 · [info@schmerzlinik.com](mailto:info@schmerzlinik.com)




[www.schmerzlinik.com](http://www.schmerzlinik.com)

## Verschenken Sie einen Lichtblick!

Bitte unterstützen Sie das Kinderhospiz Bethel für unheilbar kranke Kinder und ihre Familien.

**Online spenden:**  
[www.kinderhospiz-bethel.de](http://www.kinderhospiz-bethel.de)




Nach dem Bachelorstudium startet Maximilian als Sachbearbeiter im Beschaffungsamt. Um in den höheren technischen Dienst zu wechseln und Führungsverantwortung zu übernehmen, ist ein Masterabschluss erforderlich, den der Ingenieur berufsbegleitend absolviert. Darauf folgt ein 18-monatiges Traineeprogramm für den höheren technischen Dienst.

Maximilian besteht die Laufbahnprüfung. Seitdem lautet seine offizielle Berufsbezeichnung „Referent“. „Aber Projektmanager in der Wehrverwaltung trifft es eigentlich besser, darunter kann man sich mehr vorstellen“, erklärt er mit einem Augenzwinkern. Zu den Aufgaben von Ingenieurinnen und Ingenieuren in der Wehrtechnik gehört es, die Beschaffung von Waffensystemen und militärischer Ausstattung für die Truppe zu begleiten und die entsprechenden Projekte zu koordinieren. „Ich stimme mich viel mit sämtlichen Beteiligten ab, gegebenenfalls auch international“, berichtet der Beamte. Wenn Parteien im Bundestag Anfragen an das



Ein Prüfstand der Bundeswehr.

Bundesverteidigungsministerium stellen, etwa zum Status eines Projekts, stellt Maximilian die Informationen zusammen. Wie der Zivilbeschäftigte der Bundeswehr das Erfüllende in seinem Job beschreibt? „Man weiß am Ende des Tages, dass man wieder einen wichtigen Beitrag dazu geleistet hat, dass die Bundesrepublik Deutschland sicher bleibt.“ *cdi*

## Der Weg in den Job

### Welche Voraussetzungen muss ich für das Studium der Wehrtechnik mitbringen?

Für das Bachelorstudium des Ingenieurwesens (Fachrichtung Wehrtechnik) ist mindestens die Fachhochschulreife erforderlich. Außerdem dürfen Anwärterinnen und Anwärter das 50. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Wer die Laufbahnprüfung besteht, muss sich für mindestens fünf Jahre verpflichten, um als Beamtin oder Beamter im gehobenen technischen Dienst tätig zu sein. Alle, die als Leitende Ingenieurinnen und Ingenieure im höheren technischen Dienst arbeiten möchten, müssen einen technischen Masterabschluss mitbringen.

### Wie lange dauert das Studium?

Das Bachelorstudium des Ingenieurwesens (Fachrichtung Wehrtechnik) dauert in der Regel 3,5 Jahre. Die Laufbahnausbildung für Leitende Ingenieure im höheren technischen Dienst 1,5 Jahre – wobei zu berücksichtigen ist, dass der erforderliche technische Masterabschluss zuvor in der Regel zwei bis drei Jahre in Anspruch nimmt.

### Was sind zentrale Studieninhalte?

Zunächst stehen ingenieurwissenschaftliche Grundlagenfächer wie Mathematik, Mechanik, Informatik, Elektrotechnik, Informationstechnik im Bachelorstudium des Ingenieurwesens (Fachrichtung Wehrtechnik) auf dem Lehrplan. Hinzu kommen speziellere Fächer wie Systemtechnik, Thermodynamik, Aerodynamik, Fluidmechanik sowie erneuerbare und nachhaltige Energiesysteme, außerdem methodische und übergreifende Fächer wie Projekt- und Qualitätsmanagement. Nicht zuletzt bilden auch die Ausrüstung der Bundeswehr, Politik und Staatskunde, spezielles Wissen über NATO, EU und die Vereinten Nationen einen Fokus. Die Beamtenlaufbahnausbildung ist ins Studium integriert. Die Laufbahnausbildung für Leitende Ingenieurinnen und Ingenieure im höheren technischen Dienst umfasst vertiefende und bundeswehrspezifische Lehrgänge zu Ausbildungsinhalten aus dem Bachelor- und Masterstudium mit dem Fokus auf Projektmanagement und Führungsverantwortung.

### Wo findet das Studium statt?

Je nach Schwerpunkt und Ausbildungsabschnitt können sich die Ausbildungsorte unterscheiden. Das betrifft sowohl den Bachelorstudiengang des Ingenieurwesens (Fachrichtung Wehrtechnik) als auch das Traineeprogramm für den höheren technischen Dienst. Die Semester absolvieren die Anwärterinnen und Anwärter an einer der beiden Universitäten der Bundeswehr in Hamburg oder München; oder an einer Kooperationshochschule der Bundeswehr. Inhalte, welche die Beamtenlaufbahnausbildungen betreffen, vermittelt das Bildungszentrum der Bundeswehr in Mannheim. Praktika und Praxisphasen finden in Dienststellen mit wehrtechnischem Bezug statt, etwa beim Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr in Koblenz oder an einer der Erprobungsdienststellen.

### Was verdiene ich?

Wer nach dem Bachelorstudiengang in den gehobenen technischen Dienst einsteigt, startet in der Regel mit einer A 10-Besoldung. Im höheren technischen Dienst erfolgt der Einstieg mit einer A 13h-Besoldung. Die aktuellen Besoldungstabellen des Bundes veröffentlicht der dbb.

### Welche Karrierechancen bieten sich mir nach dem Studium?

Innerhalb der Laufbahn des gehobenen technischen Dienstes ist ein weiterer Aufstieg in leitende Positionen möglich. Wer die Voraussetzungen erfüllt, kann auch vom gehobenen in den höheren Dienst aufsteigen. In beiden Laufbahngruppen besteht die Möglichkeit, fachliche Schwerpunkte zu setzen, die eigene Interessen spiegeln.

### Wo finde ich weitere Informationen?

Weitere Informationen gibt es im Karriereportal der Bundeswehr – sowohl zum dualen Bachelorstudiengang des Ingenieurwesens (Fachrichtung Wehrtechnik) im gehobenen technischen Dienst als auch für die Laufbahnausbildung für Leitende Ingenieurinnen und Ingenieure im höheren technischen Dienst.

# Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Besoldung Warnsignal für alle Dienstherrn

Die Besoldung der Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin war in mehreren Jahren zu gering, hat das Bundesverfassungsgericht erneut geurteilt. Und setzt zugleich neue Maßstäbe.

Die am 19. November 2025 veröffentlichte Entscheidung betrifft zunächst und unmittelbar die Besoldung der gesamten Besoldungsordnung A im Land Berlin in den Jahren 2008 bis 2020. Der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer sagte: „Erneut mussten Beamtinnen und Beamte bis vor das Bundesverfas-



© Bundesverfassungsgericht/lorenz.fotodesign

Sitzungssaal des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe.

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

## Die Personalauswahl und der Konkurrentenrechtsstreit im Beamtenrecht



INFORMATIONEN FÜR BEAMTE  
UND ARBEITNEHMER

DBB Verlag GmbH  
Friedrichstraße 165 · 10117 Berlin

Telefon: 030.7 26 19 17-23  
Telefax: 030.7 26 19 17-49  
E-Mail: [vertrieb@dbbverlag.de](mailto:vertrieb@dbbverlag.de)  
Internet: [www.dbbverlag.de](http://www.dbbverlag.de)  
Onlineshop: [shop.dbbverlag.de](http://shop.dbbverlag.de)

### Der Inhalt im Überblick:

- Dienstpostenbesetzungsverfahren im Überblick
- Abbruch des Stellenbesetzungsverfahrens und die Folgen
- Stellenausschreibung und Ausschreibungsverzicht
- Rechtsschutz im Konkurrentenrechtsstreit

### Was Sie davon haben:

Dieser Ratgeber beschreibt die Anforderungen an das Dienstpostenbesetzungsverfahren und gibt wertvolle Informationen von der Dienstpostenbewertung über die Erstellung des Anforderungsprofils und die Veröffentlichung der Ausschreibung bis zur Auswahlentscheidung. Die Besonderheiten beamtenrechtlicher Konkurrentenstreitigkeiten werden fallorientiert geschildert. Die praxisnahe Darstellung orientiert sich an den zahlreichen Entscheidungen der Verwaltungsgerichte.

### So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post, Fax, E-Mail oder über unseren Onlineshop bestellen.



176 Seiten

1. Auflage 2025

€ 29,90\* je Exemplar

ISBN 978-3-87863-251-1

\* inkl. MwSt. zzgl. Porto und Verpackung

### BESTELLCOUPON

Zuschicken oder faxen

- Exemplar/e »Die Personalauswahl und der Konkurrentenrechtsstreit im Beamtenrecht« (€ 29,90 je Exemplar zzgl. Porto und Verpackung)  
 Verlagsprogramm

Name .....

Anschrift .....

Telefon/E-Mail (freiwillig) .....

**Widerrufsrecht:** Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Tel.: 030.7 26 19 17-23, Fax: 030.7 26 19 17-49, E-Mail: [vertrieb@dbbverlag.de](mailto:vertrieb@dbbverlag.de).

**Werbearbeitung:**  Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich die DBB Verlag GmbH über eigene Produkte (gedruckte und elektronische Medien) und Dienstleistungen über den Postweg oder per E-Mail informiert. Die von mir gemachten freiwilligen Angaben dürfen zu diesem Zweck gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Der werblichen Verwendung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen, entweder durch Mitteilung per Post an die DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, per E-Mail an [vertrieb@dbbverlag.de](mailto:vertrieb@dbbverlag.de), per Fax an 030.7 26 19 17-49 oder telefonisch unter 030.7 26 19 17-23. Im Falle des Widerspruchs werden meine Angaben ausschließlich zur Vertragserfüllung und Abwicklung meiner Bestellung genutzt.

Datum/Unterschrift .....

sungsgericht nach Karlsruhe ziehen, um recht zu bekommen. Wertschätzung durch den Dienstherrn sieht anders aus.“ Gut und zwingend ist aus Sicht des dbb Chefs, dass die Entscheidung klare und zeitnahe Umsetzungspflichten enthält: Der Gesetzgeber des Landes Berlin muss bis zum 31. März 2027 verfassungskonforme Regelungen treffen.

Geyer wies darauf hin, dass das Urteil unmittelbare Auswirkungen für Berlin habe und die entsprechenden Jahre betreffe. Bei weiteren Verfahren, die andere Länder und Jahre betreffen, stehen noch Urteile aus. Zur Beurteilung, ob Besoldungsregelungen verfassungskonform sind, hat das Bundesverfassungsgericht mit dem Urteil seine eigenen Prüfkriterien aus dem Jahr 2020 konkretisiert. Geyer: „Angesichts der Vielzahl an Klagen gegen die Besoldung ist dieser Schritt nachvollziehbar – und ein weiteres Warn-

signal für alle Dienstherrn. Welche Konsequenzen sich aus diesen neuen Maßstäben ergeben, werden wir nun intensiv prüfen.“

Der dbb Chef machte aber mit Blick auf die anstehende Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder deutlich: „Karlsruhe betont im heutigen Urteil wie bereits in der Vergangenheit: Die Gesetzgeber haben eine Pflicht zur kontinuierlichen Fortschreibung der Besoldung. Das ist ein weiteres Warnsignal für die Dienstherrn, insbesondere für die Landesregierungen mit Blick auf die Einkommensrunde: Die Besoldung der Beamtinnen und Beamten ist kein Selbstbedienungsladen für Politikerinnen und Politiker mit Haushaltsproblemen. Alle Dienstherrn müssen in ihrem eigenen Interesse eine amtsangemessene Alimentation sicherstellen. Dazu gehört für uns auch eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung der Tarifiergebnisse auf die Besoldung und Versorgung.“ ■

## Innenausschuss des Deutschen Bundestages

# Schnelle Beihilfebearbeitung für Bundesbeamte

Bei einer Sitzung des Innenausschusses im Bundestag hat dbb-Vize Heiko Teggatz am 3. November 2025 als Sachverständiger für dringend notwendige Verbesserungen bei der Beihilfe geworben.

**E**s kann nicht sein, dass die Beamtinnen und Beamten durch Krankheitskosten in existenzbedrohende Situationen kommen. Das kann aber im Extremfall passieren, wenn etwa Behandlungen unterbrochen werden müssen, weil die Kosten nicht bezahlt werden können. Um das zu vermeiden, braucht es die jetzt geplante Änderung des Bundesbeamtengesetzes. Wir setzen darauf, dass der Bundestag die Neuregelung zügig verabschiedet“, sagte Teggatz, der auch Bundesvorsitzender der DPoLG Bundespolizeigewerkschaft ist, im Innenausschuss.



Heiko Teggatz (Zweiter von rechts) im Innenausschuss des Deutschen Bundestages.

Konkret sieht die geplante Änderung vor, dass künftig beantragte Erstattungen von Beihilfeaufwendungen unter bestimmten Voraussetzungen ohne Prüfung als erstattungsfähig gelten, sofern die Beihilfefestsetzungsstelle nicht innerhalb von vier Wochen über den Beihilfeantrag entschieden hat. Diese sogenannte Fiktionsregelung soll bis zum Ablauf des Jahres 2031 befristet sein. Zugleich soll durch die gleichzeitige Etablierung eines Risikomanagementsystems eine Beschleunigung der Bearbeitung sichergestellt werden, damit die Anwendung der Fiktionsregel auf Ausnahmefälle begrenzt bleibt. Teggatz wies in diesem Zusammenhang auch auf die Situation des Personals hin, das in der Beihilfebearbeitung eingesetzt wird: „Die Zahl der Erstattungsanträge steigt, während wir auch in diesem Bereich des öffentlichen Dienstes den Fachkräftemangel spüren. Eine Entlastung durch entsprechende Möglichkeiten der Vereinfachung, Digitalisierung und auch der neuen Fiktionsregelung sollte unbedingt genutzt werden.“ ■

## Karin Welge verabschiedet

### Kompromissfähig auch in schwierigen Zeiten

Vier Jahre lang war Karin Welge Präsidentin der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA). Der Zweite Vorsitzende des dbb und Fachvorstand Tarifpolitik Andreas Hemsing würdigte ihren Einsatz für die Sozialpartnerschaft bei der Verabschiedung am 6. November 2025 in Frankfurt am Main: „Als Präsidentin der VKA haben Sie immer den Gedanken hochgehalten, gemeinsam Lösungen für die Herausforderungen im öffentlichen Dienst zu finden.“ Welge war bei den Einkommensrunden von Bund und Kommunen 2023 und 2025 eine der beiden Verhandlungsführerinnen für die Arbeitgeberseite. Hemsing betonte, dass die Zusammenarbeit auch unter schwierigen Bedingungen funktioniert habe: „Die multiplen Krisen der letzten vier Jahre haben unsere Tarifpartnerschaft in vielerlei Hinsicht erschwert. Zuletzt brauchten wir zweimal eine Schlichtung. Aber wir haben auch in diesen schwierigen Zeiten am Ende stets einen Kompromiss hinbekommen. Wir waren gemeinsam handlungsfähig – und darauf kommt es an. All das gehört zu einer streitbaren, aber eben doch funktionierenden Sozialpartnerschaft.“

Cyber Innovation Hub der Bundeswehr

# Pioniergeist am Tal des Todes



Moderne Probleme erfordern moderne Lösungen. Gemeinsam mit Start-ups und der Truppe entwickelt der Cyber Innovation Hub der Bundeswehr (CIHBw) neue Ausrüstung für die Armee. Doch sein größter Feind ist die Bundeswehr-Bürokratie.

Die Feldsanitäter versorgen die Verwundeten. Blutung stoppen, Verband anlegen, jede Sekunde zählt. Über ihnen sitzt bereits die faLKE – kein Rechtschreibfehler, denn faLKE steht für „flexibel adaptierbare Lichtversorgung für mobile Kräfte im Einsatz“. Die faLKE ist eine leistungsstarke LED-Matte mit Akku, die beliebig ein- und ausgerollt werden kann. Bei Einsätzen und Rettungsaktionen ohne Zugang zum Stromnetz bietet sie eine nützliche Alternative zur klassischen Stirnlampe, da diese die Umgebung nur punktuell beleuchtet und auch nur dort, wo die Trägerin oder der Träger gerade hinschaut. Entwickelt wurden die faLKE vom Hamburger Unternehmen Carpetlights in Zusammenarbeit mit dem CIHBw. Ursprünglich hatte das Start-up Lichtteppiche für die Filmproduktion hergestellt. Unter dem Produktnamen „XPLights“ begann Carpetlight, Beleuchtungslösungen für Polizei und andere Einsatzkräfte zu entwickeln. Gemeinsam mit dem CIHBw wurden diese Spezialleuchten an die Anforderungen der Bundeswehr angepasst. Die faLKE waren geboren – oder besser gesagt: sind geschlüpft.

## Schnittstelle zwischen Start-ups und Militär

Der CIHBw wurde im März 2017 als abteilungslose Organisation im Bundesverteidigungsministerium gegründet und 2020 als eigene Abteilung in der BWI GmbH, der zentralen IT-Dienstleisterin der Bundeswehr, angesiedelt. Geleitet wird das CIHBw seit 2020 von Sven Weizenegger, der bereits Berufserfahrung in Start-ups,

dem Wirtschaftsministerium und der Abteilung Cybersicherheit der Telekom vorweisen kann. Seit Gründung hat der CIHBw mit Stand November 2025 bereits 170 „Innovationsvorhaben“ gestartet. So wie Weizeneggers Vita verbindet auch das CIHBw das Start-up-Ökosystem mit der politischen Arbeit. Der Weg von der Idee zur fertigen Anwendung kann dabei sehr unterschiedlich ausfallen. Häufig bauen Start-ups mithilfe des CIHBw bestehende Produkte oder Softwares für militärische Zwecke um, wie im Fall von faLKE. Hier spricht der CIHBw von Dual-Use, also der Entwicklung von Produkten, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können, was allerdings kein zwingendes Kriterium ist. Start-ups können ihre Produkte auch direkt für den militärischen Einsatz entwickeln. Das geht aus eigenem Antrieb oder indem sie sich nach Bedarfen der Bundeswehr umhören. Die Ideen können auch aus der Bundeswehr kommen. Der CIHBw spricht in diesem Kontext von Intrapreneurship.

## Ideen zu Land, zu Wasser und in der Luft

Ein Beispiel für ein Produkt, das aus der Truppe heraus geboren wurde, ist das Programm MESE, das Schiffen anzeigt, was um sie herum auf dem Wasser und in der Luft passiert. MESE begann ursprünglich als Hobbyprojekt des heutigen Fregattenkapitäns Volker Voß, der knapp zehn Jahre lang neben seinem Dienst an diesem Programm gewerkelt hatte. Dann wurde das CIHBw auf das Projekt aufmerksam und begann, es zu fördern. 2022 wurde

MESE zum ersten Mal mit der entsprechenden Hardware auf Voß' Versorgungsschiff, dem Tender „Mosel“, verbaut. Die „Mosel“ erhielt dadurch den neuen Spitznamen „Tesla-Tender“.

Auch die Zusammenarbeit von mehreren Start-ups an einem Projekt ist möglich. „Mine-GeoJSON“ ist eine Kombination aus Drohne und Software, die Landminen aufspürt und kartiert. Die Drohne mit Magnetsensor stammt vom Start-up ASDRO GmbH. Die Software, die die Daten der Drohne an das Kartenprogramm weitergibt, wurde von der Bootcamp Bros GmbH programmiert und die Luftlandeponiere der Bundeswehr stellten und überprüften die Anforderungen. Der CIHBw brachte die drei Gruppen zusammen und koordinierte die Zusammenarbeit.

## Wie aus einer Idee eine gute Idee wird

Eine weitere Methode, mit der der CIHBw Ideen zusammenträgt, sind Challenges. Wer die beste Lösung für ein militärisches Problem oder einen Bedarf findet, erhält ein Preisgeld. So suchte etwa die „Spectra“-Challenge nach Lösungen, um Störsender gegen Drohnen ausfindig zu machen und wirksame Gegenmaßnahmen einzuleiten. Bis zum 28. September 2025 konnten Interessierte ihre Ideen einreichen, Anfang Dezember werden die Ergebnisse präsentiert. Zu gewinnen gibt es bis zu 100 000 Euro.

Der CIHBw veranstaltet regelmäßig Events, bei denen Ideen und Projekte ausgefeilt werden. Schlagwort bei dieser Vorgehensweise ist „iteratives Vorgehen“: Produkte und Softwares werden so lange überarbeitet – mal im letzten Schritt, mal ganz von vorne – bis alle mit dem Ergebnis zufrieden sind. Das geschieht immer in enger Abstimmung mit der Einheit, die das Produkt später nutzen soll. Der Austausch mit der Truppe ist für den CIHBw unerlässlich. „In Tests und Gesprächen sind die Soldaten unglaublich präzise“, erklärte Weizenegger in einem Interview mit ntv. Und die Nähe zahlt sich aus: Bei Befragungen zur Zufriedenheit mit den Produkten vergeben die Nutzerinnen und Nutzer im Schnitt 9,5 von zehn Punkten.

## Eine neue Bedroh(n)ung

Ein Surren ist zu hören. Irgendwo fliegt eine Drohne. Aber wo? Und wohin? Und ist sie nur zum Spähen oder zum Töten da? Drohnen sind mit herkömmlichen Radarsystemen schwer zu überwachen und auch optische Überwachungssysteme brauchen uneingeschränkten Blickkontakt zur Drohne. Doch auch hier haben sich die Talente des CIHBw etwas Schlaues einfallen lassen: Die Sonic AI ist ein Netzwerk aus akustischen Sensoren, die das charakteristische Surren von Drohnen schon aus weiter Distanz hören können. Und nicht nur das: Mittels Triangulation kann Sonic AI die Position berechnen und sogar anhand des Surrens erkennen, um welche Art von Drohne es sich handelt.

„Drohnen sind längst zum Sinnbild und zur Schlüsseltechnologie für den Krieg der Zukunft geworden. Wir müssen uns auf ein extrem breites Bedrohungsspektrum einstellen“, sagte Generalinspekteur Carsten Breuer auf dem Drohnensymposium in Meppen im April 2024. Denn Drohnen sind mittlerweile billig, in Massen herstellbar und vielfältig einsetzbar: zur Aufklärung, zur Störung, zum Beispiel an Flughäfen, zur Versorgung und natürlich zum Angriff. Für den CIHBw sind Drohnen daher eines der beiden Fokus-

themen, für die besonders dringend nach Ideen gesucht wird. Genauer gesagt geht es um „(c)UxS“, die Abwehr unbemannter mobiler Systeme, unter die vorwiegend Drohnen fallen.

Herkömmliche Raketenabwehrsysteme sind für die Abwehr Hunderter winziger Drohnen auf einmal ungeeignet. Die Bundeswehr sucht daher mit dem CIHBw verstärkt nach Möglichkeiten, gegnerische Drohnen unschädlich zu machen und die eigenen zu verbessern. So ist die Abfangdrohne, die das Münchner Start-up Tytan Technologies mitentwickelt hat, eine Mischung aus filigranem Hightech und roher Gewalt: Mittels KI macht sie gegnerische Drohnen ausfindig und rast mit über 300 Kilometern pro Stunde als eine Art fliegender Rammbock in sie hinein.

## Innovation gegen Bürokratie oder Bürokratie gegen Innovation?

Das andere große Feld ist der Einsatz von Software und KI. So wurde mit dem CIHBw etwa ein System für Videosprechstunden im Bundeswehrkrankenhaus entwickelt. Viele der digitalen Anwendungen werfen allerdings die Frage auf, warum es erst Start-ups erfordert, um bestimmte Prozesse in der Bundeswehr zu digitalisieren. Da ist zum Beispiel das „Digital Flight Management System“ (DFMS), das beim Demo Day 2024 vorgestellt wurde. Es sollte das Genehmigen und Durchführen von Flugkampagnen digitalisieren. Auf seinem Vorstellungsposter offenbart es das zugrunde liegende Problem: „Durch die Intransparenz, hohe Komplexität, lange Bearbeitungszeiten und hohe Fehleranfälligkeit ist keine agile und zeitnahe Planung von Flugkampagnen möglich.“ Auch MESE-Entwickler Voß berichtet in einem Nebensatz, dass er vor seiner digitalen Seekarte den Seeweg noch per Hand auf die Papier-Seekarte übertragen musste.

Auch wenn viele Projekte nach einem Durchbruch klingen – sicher ist ihre weitläufige Adaption nicht. „Wir haben etwas getestet, wissen, dass es funktioniert, aber die Skalierung scheitert am Vergaberecht“, bemängelte Weizenegger im September 2025 gegenüber n-tv. Besonders prekär sei dabei das „Tal des Todes“. Das ist die Übergangsphase zwischen Prototyp und großflächiger Verbreitung, in der viele Projekte versanden, das Geld ausgeht oder die Technik überholt wird. Für viele junge Firmen bedeutet das verschenkte Liebesmüh. Denn: Nach der Erprobungsphase spricht der CIHBw „... lediglich eine Empfehlung an die Bundeswehr aus. Es erfolgt keine Beschaffung oder Verstetigung für die Bundeswehr durch den CIHBw“, schreibt die Talentschmiede explizit auf ihrer Website.

Dennoch ist ein Wandel spürbar. In den Anfangsjahren des Hubs ließen Gründer und Investoren lieber die Finger vom Thema Verteidigung, berichtet Weizenegger auf ntv. Das ändere sich jetzt. „Wir sehen einen Run. Einerseits aus Verantwortung, andererseits, weil es valide Business Cases gibt.“ Ein paar Jahre später gingen allein beim Demo Day 2024 über 90 Ideen ein. Die deutschen Rüstungs-Start-ups befinden sich dabei in einer außergewöhnlichen Situation: Während die internationalen Investitionen in deutsche Nachwuchsfirmen insgesamt rückläufig sind (minus elf Prozent im Jahr 2024 im Vergleich zu 2023), wächst dieser Sektor weiter an (plus 24 Prozent). Ein Versiegen der Ideenquelle oder Zusammenarbeit ist trotz der Herausforderungen so schnell also nicht in Sicht.

dsc

# Lesenswertes vom DBB Verlag empfohlen



## Gesundheit



### Organisch

Giulia Enders

Mit Begeisterung nimmt uns die junge Ärztin Giulia Enders auf eine spannende Reise zu den unsichtbaren Helden unseres Körpers. Auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse erklärt sie gut verständlich ohne ärztliche Fachsprache die Funktionsweisen zentraler Organe und zeigt, mit welcher Intelligenz diese auf Herausforderungen reagieren. Sie gibt nicht nur Tipps zur Gesundheit unserer Organe, sondern animiert, dem eigenen Körper mit mehr Achtsamkeit zu begegnen.

Anzahl: \_\_

Gebunden, Ullstein,  
336 Seiten, 24,99 Euro

## Starke Mädchen



### Bella Baumädchen

Britta Sabbag, Sandra Hunke

Nicht jedes Mädchen spielt gerne mit Puppen. Bella hat ihren eigenen Kopf; sie ist eine leidenschaftliche Baumeisterin. Sie repariert, baut und schraubt für ihr Leben gerne. Die anderen Mädchen schauen sie komisch an; von den Jungs wird sie ausgelacht. Doch dann hilft die kleine Baukünstlerin mit einer ihrer Bauideen allen aus der Patsche. Eine fabelhafte Geschichte mit einer zentralen Aussage: Du kannst alles sein!

Anzahl: \_\_

Gebunden, Karibu, 32 Seiten, 14,99 Euro  
Altersempfehlung ab 4 Jahre

## Fantasievoll



### Der verschwundene Buchladen

Evie Woods

In den Zwanzigern flieht Opaline vor ihrem dominanten Bruder nach Dublin und übernimmt dort einen alten Buchladen. In der Gegenwart befindet sich Martha auf der Flucht vor ihrem gewalttätigen Ehemann. Da kommt ihr die Stelle bei der schrulligen Madame Bowden allzu recht. Schon bald trifft sie Henry, einen jungen Literaturwissenschaftler, auf der Suche nach einem verschwundenen Buchladen. Was hat es mit dem verschwundenen Buchladen auf sich und werden sie ihn finden?

Anzahl: \_\_

Taschenbuch, Adrian & Wimmelbuchverlag,  
464 Seiten, 14,95 Euro

## Bilderbuch-Klassiker



### Hirsch Heinrich

Fred Rodrian, Werner Klemke

Ein Hirsch fährt nicht gerne mit dem Zug und schon gar nicht mit dem Schiff. Weit angegeist, aus einem dichten Wald in China, wohnt er jetzt im heimischen Tierpark. Hier sind zwar alle Menschen gut zu ihm, doch Heinrich hat Heimweh. Er ist aber auch glücklich, wenn ihn die vielen Kinder besuchen – bis Weihnachten kommt, da werden die Besucher immer weniger. Kann Heinrich sein Heimweh überwinden? Eine wunderschöne Geschichte, liebevoll illustriert, für kleine und „große“ Kinder.

Anzahl: \_\_

Gebunden, Beltz, 36 Seiten, 15 Euro  
Altersempfehlung 4–5 Jahre

## Zwischen den Jahren



### Das Leben feiern

Hrsg. Gesine Damm

Wenn alles schiefgeht, die Tage grau sind, ist es oft auch die Stimmung. Doch häufig gibt es kleine Momente, die Trübsinn und schlechte Laune vertreiben. Zum Glück, denn diese Momente zeigen uns, dass das Leben trotz allem schön sein kann. Die hier versammelten Autoren wissen dies nur zu gut. Mit kleinen Texten helfen sie, den Kopf aus dem Sand zu ziehen und die schönen Augenblicke des Lebens zu genießen.

Anzahl: \_\_

Gebunden, Insel,  
160 Seiten, 6 Euro

## Weiterdenken



### Denkanstöße

2026

Wie viel Ungleichheit kann eine Gemeinschaft ertragen und braucht Reichtum Grenzen? Jedes Jahr liefern kluge Köpfe interessante Gedanken und kompaktes Wissen zu aktuellen politischen, philosophischen und wissenschaftlichen Themen eines ganzen Jahres. Gut verfasst und angenehm zu lesen, bieten die Texte Anregungen zum Nachdenken, Diskutieren und Weiterdenken.

Anzahl: \_\_

Taschenbuch, Piper,  
208 Seiten, 10 Euro

Aktuelle Angebote vorab erfahren – jetzt Newsletter abonnieren unter [www.dbbverlag.de](http://www.dbbverlag.de)

## Für unsere Leser versandkostenfrei!

Einfach diesen Bestellcoupon ausfüllen, die gewünschte Anzahl eintragen und per Post oder Fax unter 030.7261917-49 abschicken.

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_ PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Kontakt bei Rückfragen (Telefon/E-Mail) \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_



Friedrichstraße 165 • 10117 Berlin  
Telefon 030.7261917-23 • Telefax 030.7261917-49  
E-Mail: [vertrieb@dbbverlag.de](mailto:vertrieb@dbbverlag.de) • [www.dbbverlag.de](http://www.dbbverlag.de)

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: DBB Verlag GmbH, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel.: 030.7261917-23, Fax: 030.7261917-49, E-Mail: [vertrieb@dbbverlag.de](mailto:vertrieb@dbbverlag.de)  
Werbeeinwilligung:  Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich der DBB Verlag über eigene Produkte (gedruckte und elektronische Medien) und Dienstleistungen über den Postweg oder per E-Mail informiert. Die von mir gemachten freiwilligen Angaben dürfen zu diesem Zweck gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Der werblichen Verwendung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen, entweder durch Mitteilung per E-Mail an [vertrieb@dbbverlag.de](mailto:vertrieb@dbbverlag.de), per Post an DBB Verlag GmbH, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, per Fax an 030.7261917-49 oder telefonisch unter 030.7261917-23. Im Falle des Widerspruchs werden meine Angaben ausschließlich zur Vertragserfüllung und Abwicklung meiner Bestellung genutzt.

## Gemeinsam mehr erreichen Deshalb lohnt sich Gewerkschaft

Wenn eine Einkommensrunde bevorsteht, wächst das Interesse der Kolleginnen und Kollegen an gewerkschaftlichen Themen. Schließlich betrifft die Lohnrunde die Beschäftigten direkt, das Verhandlungsergebnis spüren sie im Geldbeutel und in ihren Arbeitsbedingungen. Aber auch abseits der Tarifrunden lohnt sich gewerkschaftliches Engagement.



**A**uch wenn im Zuge der laufenden Einkommensrunde wieder Tausende Gewerkschaftsmitglieder lautstark auf Deutschlands Straßen unterwegs sind, um ihre Forderungen zu untermauern, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Deutschland sinkt: 2010 waren 20,4 Prozent aller Arbeitnehmenden Mitglied in einer Gewerkschaft, 2024 waren es nur noch 16,5 Prozent. Das geht aus einer Auswertung des Informationsdienstes des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) hervor, die auf Daten des dbb beamtenbund und tarifunion, des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) und des Statistischen Bundesamts beruht. Dabei gibt es gute Gründe für eine Mitgliedschaft.

### Bessere Bezahlung

„Die Kassen sind leer, in diesem Jahr gibt es keinen Cent mehr!“ – Spätestens, wenn Arbeitgebende diesen Satz sagen, ist klar: Ohne Gewerkschaften geht es nicht. Beschäftigte sind nur zusammen stark und können auch nur gemeinsam Druck machen. Gehaltserhöhungen einfordern, Arbeitsplätze sichern, das sind zentrale gewerkschaftliche Aufgaben. Gewerkschaften geht es dabei aber nicht bloß um das monatliche Einkommen. Sie setzen sich auch für höhere Zulagen ein, etwa für Beschäftigte im Schichtdienst, oder für höhere Jahressonderzahlungen.

### Bessere Arbeitsbedingungen

Die Fünf-Tage-Woche, freie Wochenenden, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – historisch betrachtet handelt es sich um Errungenschaften, die Gewerkschaften erkämpft haben und die inzwischen als Standard gelten. Auch in Gegenwart und Zukunft kämpfen Gewerkschaften für bessere Standards. Alles, was die Arbeitsbedingungen verbessert und damit im Interesse der Beschäftigten liegt, kann zu den Forderungen gehören. Zum Beispiel weniger Wochenstunden, flexiblere Arbeitszeiten oder mehr Urlaubstage. Überdies setzen sich Gewerkschaften für mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz ein, eine zeitgemäße

Ausstattung und einen Arbeitsschutz, der die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten gewährleistet.

Nicht nur Tarifverhandlungen sind der Ort, um Forderungen durchzusetzen. Gewerkschaften bringen ihre Kompetenz auch in die Gesetzgebung ein, etwa indem sie sich an der Debatte zu politischen Fragen beteiligen oder zu konkreten Vorhaben Stellung beziehen.

### Bessere Unterstützung

Probleme am Arbeitsplatz? Eine ungerechtfertigte Abmahnung? Oder steht gar eine ungerechtfertigte Kündigung im Raum? Gewerkschaften stehen ihren Mitgliedern kostenlos mit Rechtsberatung und Rechtsschutz zur Seite. So genießen alle Mitglieder der dbb-Gewerkschaften Arbeitsrechtsschutz. Die Juristinnen und Juristen in den dbb-Dienstleistungszentren kämpfen im Ernstfall für Ihre Rechte am Arbeitsplatz.

### Bessere Information

Stets an den konkreten Fragen vor Ort dran sein – wenn es um die Belange der Beschäftigten geht, sind Gewerkschaften am Puls der Zeit. Sie informieren auf ihren Social-Media-Kanälen, Websites, in Newslettern und Mitgliederzeitschriften über alles, was das tägliche Arbeitsleben betrifft. Wer ein Auto fährt, wird Mitglied in einem Automobilclub. Wer Urlaub in fernen Ländern macht, hat eine Auslands-Krankenversicherung im Gepäck. Wer Sport treibt, meldet sich in einem Verein an. In fast allen Lebensbereichen suchen wir uns eine starke Gemeinschaft, die unsere Interessen vertritt. Das sollte im Arbeitsleben nicht anders sein. *cdi*

### Mitglied werden

Interessiert an einer starken Gemeinschaft? Schauen Sie online bei uns vorbei: [dbb.de/mitgliedschaft-service](http://dbb.de/mitgliedschaft-service).



DEUTSCHLAND

THERMENHOTEL ★★★★★  
**SONNENHOF**



Mit besonderen Angeboten für »Beihilfe-Berechtigte«

**Kraft tanken – Gesundheit spüren**  
 Thermalwasser, Sauna, Physiotherapie und Massagen unterstützen Ihre Gesundheit. Am Abend verwöhnen wir Sie mit einem Vier-Gänge-Menü. Komfortable Zimmer, viele Inklusivleistungen und Kulturangebote.

**Thermenhotel SONNENHOF – direkt im Zentrum von Bad Füssing**  
 Telefon +49 (0) 8531 2264-0, [www.thermenhotel-sonnenhof.de](http://www.thermenhotel-sonnenhof.de)

**Vitalität und Wohlbefinden in Bad Füssing**

Rügen/Dranske  
**Ferienhaus Wiesengrund**



2 FeWo's (70/100 m²) unter Reet, 500 m zum Bodden und Meer, 1x barrierefrei und rollstuhlgerecht, 1.500 m² Grundstück, Gartenteich, Grillplatz, 3 Terrassen, Strandkörbe, Ladestation (Wallbox) für E-Fahrzeuge

[www.ferienhaus-wiesengrund.com](http://www.ferienhaus-wiesengrund.com)  
 Tel.: 0173/7094081 \* 0173/7250202  
[info@ferienhaus-wiesengrund.com](mailto:info@ferienhaus-wiesengrund.com)

**TIMMENDORFER STRAND – OSTSEE**  
 Schöne 62-m²-FeWo direkt an der Strandallee! WZ/SZ/KÜ/BAD/PARKDECK. Details unter [www.villa-demory-timmendorf.de](http://www.villa-demory-timmendorf.de) ÖD-Kollegen 10% Rabatt.  
 Tel. 0173/9302002

**Nordseeinsel Föhr/Wyk**, komf. FeWo bis 4 Pers., ruhig und zentral, Garten, Terrasse, Vollaussattung. [haus-carla@web.de](mailto:haus-carla@web.de), 0172/4487773

ÖSTERREICH

**Tirol**, FeWo, 2-6 Personen oder DZ, Tel. (0043) 5246/6613, [www.lechnerhof-tirol.com](http://www.lechnerhof-tirol.com)

SPANIEN

Bei **MALAGA**, 4 FW von 2-6 P. im freistehenden Haus an der Grünzone. Info: [www.cmijas137.de](http://www.cmijas137.de), Panoramafotos

AKTIVURLAUB

**1000 Gesundheits-Wochen weltweit.**  
 Woche ab 395 €. Tel. 0631-47472  
[www.fasten-wander-zentrale.de](http://www.fasten-wander-zentrale.de)



**Ferienhaus-Lichtung**  
 in Ruhe genießen...

[www.ferienhaus-lichtung.de](http://www.ferienhaus-lichtung.de) · Tel.: +49 (0) 36929 799630

**dbb verlag**

Unser Anzeigenteam erreichen Sie unter:  
 Tel.: 030.726 19 17-32

VERSCHIEDENES

**Kleine Anstecker sagen mehr als viele Worte!**  
[freundschaftspins.de](http://freundschaftspins.de)



**PROMEX**  
 Ihr Spezialist für Pins



**6 Tage / 5 Nächte**  
**Inkl. Flug & 4-Sterne Hotel**  
 schon ab **1.799,-** p.P. im DZ  
 Reisecode: **DBB1225-COTE**




**Die schönsten Gärten an der Côte d'Azur**

**REISEVERLAUF:**

- Tag 1:** Flug nach Nizza. Transfer zum Hotel. Nachmittag zur freien Verfügung.
- Tag 2:** Ganztagesausflug nach Nizza inkl. Stadtführung und Besichtigung des Botanischen Gartens.
- Tag 3:** Ganztagesausflug zum Meerespalast Villa Ephrussi de Rothschild und den exotischen Gärten von Èze sowie zum „Jardin Exotique“ und der „Grotte de l'Observatoire“ in Monaco.
- Tag 4:** Halbtagesausflug mit Besichtigung einer Confiserie Fabrik. Fakultativ buchbar: Parfümherstellungsseminar (€ 97,- p.P.)
- Tag 5:** Ganztagesausflug zum „Jardin Serre de la Madone“ in Menton und zum Botanischer Garten „Giradino Botanici Hanbury“ in Ventimiglia sowie zum idyllischer Zitronengarten in Menton.
- Tag 6:** Transfer zum Flughafen Nizza, Heimreise.

**NUR FÜR SIE INKLUSIVE**

- ◆ Hin- und Rückflug mit Lufthansa von Frankfurt nach Nizza
- ◆ Transfer Flughafen – Hotel – Flughafen
- ◆ 5 Nächte im 4-Sterne Hotel mit 5x Frühstücksbuffet im Hotel & 5x Abendessen in Restaurants
- ◆ Deutschsprachige Reiseleitung bei den Transfers & Ausflügen
- ◆ Interessantes Ausflugsprogramm

**TERMIN 2026 & PREISE**

**21.04. – 26.04.2026**  
 pro Person im DZ **ab € 1.799,-**

**Persönliche Beratung & Buchung: 06128 / 740 81 60** (MO - SO von 08.00 - 22.00 Uhr)

Ihr Reisecode: **DBB1225-COTE**

Online buchen: [www.riv-touristik.de/DBB1225](http://www.riv-touristik.de/DBB1225)

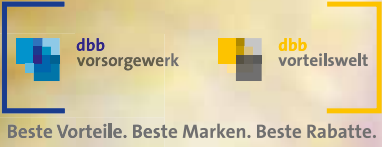
Weitere Sonderangebote: [www.riv-touristik.de](http://www.riv-touristik.de)



Jetzt QR-Code scannen & Reise entdecken!



**Veranstalter:** RIV Touristik GmbH, Georg-Ohm-Str. 17, 65232 Taunusstein. **Wichtige Hinweise:** Deutsche Staatsbürger benötigen einen gültigen Personalausweis oder Reisepass. Diese Reise ist grundsätzlich nicht für mobilitätseingeschränkte Personen geeignet. Mindestteilnehmerzahl: 20 Gäste. Wir behalten uns vor bei nicht Erreichen, die Reise bis zu 30 Tage vor Abreise abzusagen! Es kann nicht garantiert werden, dass alle örtlichen Mitarbeiter (z.B. in den Hotels) Deutsch sprechen.



Für dbb-Mitglieder  
und ihre Angehörigen  
**EXKLUSIVE  
VORTEILE**

**Willkommen im dbb vorteilsClub!**  
Dank Club-Mitgliedschaft stehen Ihnen künftig  
neue und attraktive Angebote zur Verfügung.

- ✓ Shopping- und Erlebnisangebote in über 350 Markenshops
- ✓ Newsletter: Keine Mitgliedervorteile verpassen
- ✓ dbb autoabo: Das flexible Mobilitätskonzept

**SHOPPING- &  
ERLEBNIS-  
RABATTE**

Stand: 11. November 2025, Angebote freibleibend

- bis zu 22% RABATT
- home 24
- bis zu 20% RABATT
- adidas
- bis zu 12% RABATT
- zalando

**TIPP: 8% Mitgliedervorteil**



**Einfach sorgenfrei  
Auto fahren**

- ✓ Rundum-Sorglos-Service
- ✓ Deutschlandweite Lieferung und Abholung
- ✓ Flexible Laufzeiten



**WECHSELPILOT**



**Nie wieder zu viel für  
Energie bezahlen!**

Jedes Jahr Strom- und Gaskosten sparen – ohne Hin und Her mit dem Energieanbieter. Der Service von Wechselpilot wechselt automatisch für Sie jedes Jahr in den besten Tarif und kümmert sich um Ihren Strom- und Gasvertrag.

- ✓ Unverbindlich Tarifvorschlag anfordern
- ✓ Strenger Anbietercheck durch Energieexperten
- ✓ Faire Servicegebühr: aber nur, wenn Sie durch den Wechsel sparen



Stand: 11.11.2025, Angebote freibleibend

¹ Alle Preise verstehen sich inkl. MwSt. und zzgl. einer Servicegebühr i.H.v. 1.500 €. Diese kann entweder einmalig bei der Fahrzeugübergabe oder in monatlichen Raten bezahlt werden. Die Liefergebühr beträgt 249 € bei der Erstbuchung. Bei Folgebuchungen des laufenden Abos spart man die Liefergebühr. In der ausgewiesenen Monatsrate von 137€ ist der Rabatt für Mitglieder im dbb vorteilsClub berücksichtigt. Preisänderungen vorbehalten. ² Nur für Mitglieder des dbb vorteilsClub. Der Cashback wird nach einem erfolgreichem Vertragsabschluss als einmalige Überweisung auf das angegebene Bankkonto gutgeschrieben (Dauer: ca. 4-6 Wochen).

**dbb-vorteilswelt.de/club**



**Tarif-FAQ**

**Durchblick  
im Tarifdickicht**

Nicht nur Neulinge im öffentlichen Dienst sind überfordert, wenn es darum geht, das Tarifdickicht zu lichten und den Durchblick zu wahren. Selbst altgediente Kolleginnen und Kollegen kommen bei so mancher Tarifrfrage ins Straucheln. Auf den Jugendseiten des dbb gibt es unter [staatklar.org](http://staatklar.org) ein neues Tarifkompendium, das viele Fragen beantwortet.



Die Teamleiterin in der Sozialbehörde. Der Koch in der Kantine der Bundespolizei. Die Erzieherin in der Kindertagesstätte. Die Sozialarbeiterin in der Jugendwerkstatt. Der Forstwirtschaft im brandenburgischen Wald. Die Pflegerin im Maßregelvollzug. Trotz unterschiedlicher Berufe haben alle etwas gemeinsam: Sie sind Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst. Ihr Arbeitgeber ist eine sogenannte Körperschaft öffentlichen Rechts – also der Bund, ein Bundesland, eine Stadt oder eine Kommune.

Und alle arbeiten in der Daseinsvorsorge. Dieser Begriff bezeichnet die staatliche Aufgabe, für alle Dienstleistungen und Güter zu sorgen, die für das menschliche Dasein erforderlich sind. Dazu gehören unter anderem Straßen, Schulen und Krankenhäuser, außerdem die Wasserversorgung, Leistungsverwaltung und noch vieles mehr. Ihre Einkommen und Arbeitsbedingungen sind in Tarifverträgen geregelt, die Klarheit und Sicherheit schaffen: Die Bezahlung ist rechtsverbindlich. Das gilt auch für die Arbeitszeit und den Urlaubsanspruch. Verhandlungen mit dem Arbeitgeber, deren Ausgang in der Privatwirtschaft oft von Sympathie und individuellem Geschick abhängt, entfallen. Darum kümmern sich die Gewerkschaften, die regelmäßig Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebenden führen, um die Bezahlung und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Und nicht zuletzt profitieren Tarifbeschäftigte – abhängig vom Tarifvertrag – von zahlreichen Sonderregelungen: beispielsweise von einer Übernahmegarantie nach der Ausbildung oder der Option, die Jahressonderzahlung in zusätzliche Urlaubstage umzuwandeln.

Wie, was, wo und wie in welchen Tarifverträgen geregelt ist, hat der dbb in vier Fachdossiers zu den Themenbereichen Tarifverträge, Bezahlung, Tarifverhandlungen und Mitbestimmung zusammengetragen. Unter [t1p.de/tarifdurchblick](http://t1p.de/tarifdurchblick) gibt es die Antworten.



## Beamte – Fragen und Antworten

## Was sind Bezüge bei Verschollenheit?

Verschollenheit bedeutet, dass der Aufenthaltsort einer Person für eine längere Zeit unbekannt ist und es keine verlässlichen Informationen darüber gibt, ob die Person noch lebt. Es bestehen jedoch ernsthafte Zweifel daran. Das ist glücklicherweise eher selten, kann sich jedoch beispielsweise aus Naturkatastrophen, Kriegereignissen oder sonstigen Ursachen der Nichtauffindbarkeit ergeben. Gesetzlich geregelt sind deswegen die Auswirkungen einer Verschollenheit auf die Gewährung der Bezüge. Einerseits soll das die finanzielle Absicherung von versorgungsberechtigten Angehörigen in einer unsicheren und schwierigen Situation gewährleisten, bis Klarheit über das Schicksal der verschollenen Person besteht. Andererseits soll dadurch eine ungerechtfertigte Überzahlung über eine längere Zeit vermieden werden.

Die Regelung des § 29 BeamtVG und entsprechenden Landesrechts bewirkt zunächst, dass die Dienst- oder Versorgungsbezüge eines Verschollenen nur bis zum Ablauf des Monats einer oberstbehördlichen Feststellung, dass das Ableben mit überwie-

gender Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, weitergewährt werden. Sofern versorgungsberechtigte Angehörige vorhanden sind, entsteht dann ab dem Folgemonat ein zunächst noch vorläufiger Anspruch auf Witwen- und Waisenversorgung für Hinterbliebene (sogenannte Verschollenheitsbezüge). Diese werden nach rechnerischer Maßgabe eines mutmaßlichen Todestages berechnet und gewährt, solange noch keine sichere Gewissheit über das Schicksal der oder des Verschollenen besteht.

Verschollenheitsbezüge werden geleistet, bis die oder der Verschollene entweder zurückkehrt, für tot erklärt oder der Todeszeitpunkt gerichtlich festgestellt wird. Kehren Verschollene zurück, leben ihre ursprünglichen Ansprüche auf Bezüge wieder auf. Nachzahlungen werden jedoch längstens für ein Jahr geleistet, wobei die bereits gezahlten Verschollenheitsbezüge angerechnet werden. Wird dagegen die Person gerichtlich für tot erklärt, wird die Hinterbliebenenversorgung mit dem auf die Rechtskraft der Entscheidung folgenden Monat neu festgesetzt. *wa*

Model Foto: Colourbox.de

## Aus dem Personalratsalltag – wir. für euch.

## Befugnisse der Personalversammlung

Die Personalversammlung dient dem offenen Austausch aller Beschäftigten einer Dienststelle. Als Organ des Personalvertretungsrechts spielt sie damit eine wichtige Rolle. Die Teilnehmenden können Anträge an die Personalversammlung richten, die Angelegenheiten betreffen müssen, die in den Zuständigkeits- und Aufgabenbereich des Personalrats fallen. Über entsprechende Anträge hat die Personalversammlung dann zu beschließen, ob die Anliegen an den Personalrat gerichtet werden sollen. Für die Annahme ist die einfache Stimmenmehrheit erforderlich. Stimmberechtigt sind alle anwesenden Beschäftigten. Für die Abstimmung ist keine besondere Form vorgesehen, sie kann durch Handzeichen erfolgen.

Entfällt auf einen Antrag die erforderliche Mehrheit, ist dieser für den Personalrat dennoch nicht bindend. Er ist lediglich ver-

pflichtet, sich im Rahmen einer Personalratssitzung mit dem Anliegen des Antrags zu befassen. Der Personalrat entscheidet selbst, ob er sich der Angelegenheit annimmt oder nicht.

Die Personalversammlung kann dem Personalrat keinerlei Weisungen erteilen oder gar eigenständige Entscheidungen anstelle des Personalrats treffen. Möglich ist jedoch, dass die Versammlung Stellungnahmen oder Missbilligungen zu Entscheidungen des Personalrats abgibt. Beides entfaltet jedoch keine rechtliche Bindung.

Damit wird deutlich: Beschlüsse und Stellungnahmen der Personalversammlung sind rechtlich unverbindlich und dienen vor allem der Einflussnahme und Meinungsäußerung gegenüber dem Personalrat. *som*

© Getty Images/Unsplash.com

# VINOS

*¡Felices Fiestas!*

# Rotwein-Genuss für die Festtage

ÜBER  
**50%**  
RABATT

~~60,95 €~~

**29,99 €\***

**GOLD**  
Berl. Wein  
Trophy

**GOLD**  
Mundus  
Vini

**GOLD**  
Gilbert &  
Gaillard

**GOLD**  
Berl. Wein  
Trophy

**GOLD**  
Berl. Wein  
Trophy



SCHOTT  
ZWIESEL

VIER  
GLÄSER  
INKLUSIVE

**VERSANDKOSTENFREI\* BESTELLEN: [vinos.de/dbb](https://vinos.de/dbb)**



**Beste Fachhändler**  
Spanien 2025



**Schnelle Lieferung**  
in 1-2 Werktagen



**Über 130.000 Top-Bewertungen**  
von glücklichen Kunden

**ZUM  
PAKET**



\*Gratisversand gilt beim Erstkauf, sonst 2,99 € Versand je Bestellung. Angebot enthält 6 Rotweine à 0,75l/FI. und 4 Gläser von Schott Zwiesel. Sollte ein Wein ausverkauft sein, wird automatisch der Folgejahrgang oder ein mind. gleichwertiger Wein beigelegt. Aktueller Paketinhalt unter [vinos.de/dbb](https://vinos.de/dbb). Weitere Produktinformationen (Lebensmittelkennzeichnung) finden Sie unter [vinos.de](https://vinos.de) auf der jeweiligen Artikelseite. Angebot ist gültig, solange der Vorrat reicht. Es gelten unsere AGB. Grundpreis/L: 6,66 €. Preise verstehen sich inkl. MwSt. Büro: Wein & Vinos GmbH, Hardenbergstr. 9a, 10623 Berlin, 030 330 855 05 (Mo-Fr 9:00-17:30 Uhr). **Vorteilsnummer: 41416**